

Inhaltsverzeichnis

1. Randolf Rodenstock	
2. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	
3. Gesamtmetall	
4. Institut der deutschen Wirtschaft	
5. Wirtschaftsforum der FDP	
6. Bundesverband der Deutschen Industrie	
7. BDI	
8. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	
9. BDA	
10. Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft	
11. Roman Herzog Institut	
12. Ludwig-Erhard-Stiftung	

Randolf Rodenstock

Randolf Rodenstock (*31. März 1948 in München), Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG und in leitenden Funktionen in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv. Er ist u. a. Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#), war Vizepräsident von [Gesamtmetail](#) (Finanzier der INSM) und ist Vizepräsident des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (Muttergesellschaft der INSM)). Seit 2014 ist er Mitglied der FDP.

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Verbindungen / Netzwerke	2
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	3
4 Einzelnachweise	3

Karriere

- Honorarprofessor an der TU München
- 2007 Mitglied des Aufsichtsrats der Rodenstock-Unternehmensgruppe
- 2003 Vorstand des Aufsichtsrats der Rodenstock-Unternehmensgruppe
- 1990 Vorsitzender der Konzernleitung der Rodenstock-Unternehmensgruppe
- 1976 Persönlich haftender Gesellschafter der Optische Werke G. Rodenstock

Quelle:^{[1][2]}

Verbindungen / Netzwerke

(Quelle wie oben und Websites der genannten Organisationen)

- Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#) ^[3]
- ehemaliges Mitglied des Präsidiums des [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#) - zeitweise Präsident
- ehemaliges Mitglied des Präsidiums der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(BDA\)](#)
- Ehrenpräsident und ehemaliger Präsident des Verbandes der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie (VBM), einem Großspender der CSU und FDP
- ehemaliger Vizepräsident von [Gesamtmetail](#), dem Finanzier der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)
- Vizepräsident des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), der Muttergesellschaft der INSM
- Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)
- ehemaliger Präsident der [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, \(vbw\)](#), Träger des [Roman Herzog Institut](#)
- ehemaliger Präsident des Bayerischen Unternehmensverband der Metall- und Elektroindustrie (bayme vbm), Träger des [Roman Herzog Institut](#)
- Vorstand des [Aktionsrat Marktwirtschaft](#)
- Vorsitzender des Vorstands des [Roman Herzog Institut](#)

- Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- Mitglied von SPECTARIS (Verband der Hightech-Industrie)
- Vizepräsident der DAFG - Deutsch-Arabische Freundschaftsgesellschaft
- Mitglied des Beirats
 - [Gerling-Konzern](#)
 - Bridgepoint Capital GmbH

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Vier Generationen Familie Rodenstock](#), rodenstock.de, abgerufen am 10. April 2016
2. ↑ [Präsident Prof. Randolf Rodenstock: Lebenslauf](#), Website vbw, abgerufen am 12. März 2013
3. ↑ [Tobias Scholl: Mut und Lust auf die Gestaltung der Zukunft](#), elde Liberale Depesche 01/2016, S. 11, abgerufen am 05. 04. 2016

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine PR- und Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, finanziert wird.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Muttergesellschaft die [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#) ist.^[1] Für ihre im Auftrag von Gesamtmetall betriebene Lobbyarbeit erhielt die INSM im Jahr 2024 zwischen 5.650.000 und 5.700.000 Euro.^[2] Die Gesamtzahlungen summierten sich seit 2000 auf rund 100 Mio. Euro.^[3]

Die INSM platziert ihre politischen Botschaften bei Entscheidungsträger:innen und in der Bevölkerung und will u. a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt, Sozial- und Tarifpolitik und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen und am Wettbewerb ausgerichtet werden. Das beinhaltet auch die Abschwächung von klimapolitischen Regulierungen.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung marktliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Lobbybüro	

Die INSM greift seit einigen Jahren mit hohem finanziellen Aufwand über entsprechende Kampagnen in den Wahlkampf zugunsten wirtschaftsnaher Parteien ein und verändert dadurch die Erfolgchancen der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen. So arbeitete bei der Agentur Commarco Communications ein maßgeschneidertes Team exklusiv für die INSM, das projektbezogen von Spezialisten aus der Commarco-Gruppe unterstützt wurde.^[4]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Lobbybüro EU

Webadresse [insm.de](https://www.insm.de)

Die polemischen Kampagnen der INSM werden auch in der wirtschaftsnahen Presselandschaft zum Teil kritisch gesehen. So heißt es 2021 in der "Wirtschaftswoche": "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß".^[5]

Die INSM hat sich unter ihrem neuen Geschäftsführer Thorsten Alsleben (CDU) nach eigenen Angaben 2023 neu aufgestellt und räumt ein, dass sie sich früher im Ton vergriffen habe und Marketingmaßnahmen nicht immer transparent gewesen seien.^[6] Kampagnen, welche einzelne Politiker individuell angreifen, gehörten der Vergangenheit an. Der „Tagesspiegel“ hat bereits Ende 2022 befürchtet, dass die INSM mit Alsleben nach rechts rücken könnte.^[7] Diese Einschätzung scheint sich zu bestätigen. So war die INSM Partner der [Berlin Campaign Conference](#), die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[8] Ein weiterer Partner war die rechte Denkfabrik [Heritage Foundation](#), die in ihrem "Project 2025" eine Blaupause für den autoritären Umbau des Staates in den USA entwickelt hat.^{[9][10]}

Inhaltsverzeichnis

1 Eigene Außendarstellung der INSM	5
2 Entstehungsgeschichte	5
3 Ziele	6
4 Organisationsstruktur und Personal	7
4.1 Team	7
4.1.1 Geschäftsführer Thorsten Alsleben	7
4.1.2 weitere Mitglieder	8
4.2 Paten	8
4.3 Wissenschaftliche Beratung	8
5 Aktivitäten	9
5.1 Studien	9
5.2 ÖkonomenBlog	9
5.3 Veranstaltungen	9
5.4 Unterrichtsmaterialien und Bildung	9
5.5 Aktivitäten zu Bundestagswahlen	10
6 Politische Kampagnen	10
6.1 2025: Unterstützung der Initiative Transparente Demokratie	10
6.2 Kampagne zum "Bürokratieabbau" 2024	11
6.3 Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz 2021	11
6.4 Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock 2021	12
6.5 Anzeigenkampagne gegen Olaf Scholz 2021	12
6.6 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik" 2019	12
6.7 Kampagnen gegen einen "politischen Mindestlohn"	12
6.8 Kampagnen zum Thema Rente	13

6.9 Einschaltung von Agenturen	13
7 Auftritte bei Parteitagen von CDU, SPD und FPD	14
8 Internationale Verbindungen	14
8.1 Partner der Berlin Campaign Conference 2024	14
9 Kritik an der INSM	14
9.1 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	14
9.2 Verhältnis zu den Medien	15
9.3 Schleichwerbung	15
9.4 Einschüchterung von Journalist:innen	16
9.5 Einwirkung auf Suchmaschinen	16
9.6 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	16
10 Aufgelöste/inaktive Gremien	16
10.1 Beirat	16
10.2 Kuratorium	16
10.3 Förderverein	16
10.4 Botschafter:innen	18
11 Zitate	22
12 Weiterführende Informationen	22
13 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	23
14 Einzelnachweise	23

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich als „parteiübergreifende Reforminitiative“.^[11] Der Begriff "Initiative" ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei [Gesamtmetall](#), die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in der INSM aktiven Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden, in der für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr ist.

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[12] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr/INSM ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[13] 2007 firmierte die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wurde der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[14] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[15]

Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[16]

Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.^[17]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile weitgehend eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen möglichst zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe““.

In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer:innen stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar.

Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird problematisiert und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Aus Sicht der Arbeitgeber:innen haben private kapitalgedeckte Versicherungen den Vorteil, dass sie allein durch die Arbeitnehmer:innen bezahlt werden, gesetzliche Versicherungen aber werden von den Arbeitgeber:innen mitfinanziert. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Nach Recherchen des Journalisten Thomas Fricke kämpft die INSM seit Jahren

- gegen Vermögensteuern
- gegen höhere Erbschaftsteuern

- stattdessen für sinkende Steuern für Reiche und Unternehmen
- gegen den Mindestlohn
- gegen ein Aus für Verbrenner-Motoren
- gegen Hindernisse, die Leute auf Zeit oder mit Werkverträgen zu beschäftigen
- gegen das Lieferkettengesetz
- gegen Geld-Transfers für andere EU-Länder
- gegen Umverteilung (nach unten)
- gegen Rettungsschirme der Europäischen Zentralbank in Krisenzeiten
- und gegen gemeinschaftliche Finanzierung großer Projekte und Reformen in der EU.

Quelle: ^[18]

Organisationsstruktur und Personal

Team

Die Mitglieder des Teams sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören:

Geschäftsführer Thorsten Alsleben

Der Geschäftsführer der INSM ist seit April 2023 Thorsten Alsleben (CDU).^[19] Zuvor war Alsleben neun Jahre lang Hauptgeschäftsführer der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#). Er steht dem CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, der ihn dort als Geschäftsführer einsetzte, nahe.^[20] Alsleben selbst bezeichnet sich auf Twitter als "Christlich.ordoliberal. Konservativer Modernisierer".^[21] Laut „Tagesspiegel“ soll er selbst dem Vorsitzenden Friedrich Merz zu reaktionär sein.^[22] Alsleben ist laut "Correctiv" evangelikaler Christ.^[23]

Alsleben nahm mehrfach an Veranstaltungen mit internationalen Konservativen, Autoritären, sowie christlichen Fundamentalisten teil.

Im Februar 2025 trat er als Redner auf einer Konferenz der „Alliance for Responsible Citizenship“ in London auf^[24], bei der 4.000 „Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde“ aufeinandertrafen.^[25] Weitere Teilnehmende waren unter anderem der Sprecher des US-Repräsentantenhauses Mike Johnson, Tory-Vorsitzende Kemi Badenoch, Peter Thiel, Vivke Ramaswamy, Reform UK-Vorsitzender Nigel Farage und Kevin Roberts, Präsident der umstrittenen [Heritage Foundation](#).^[26] Aus Deutschland nahmen unter anderem die Vorsitzende des Pro-Life-Vereins "Aktion Lebensrecht für alle" (ALfa e.V., Mitglied im [Bundesverband Lebensrecht](#)) Cornelia Kaminski und die ehemaligen AfD-Vorständinnen Frauke Petry und Joana Cotar teil.^[25] Zu den Teilnehmern gehörten auch Vertreter von großen Öl- und Gaskonzernen wie BP, Koch Industries und Valero Energy.^[27]

Anfang September 2024 trat Alsleben als Redner bei der [Berlin Campaign Conference](#) auf, die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[28] Als weitere Referent:innen waren rechte US-Lobbyist:innen, Anhänger von Donald Trump und ein Vertreter der umstrittenen [Heritage Foundation](#) geladen, die mit ihrem "Project 2025" eine Blaupause für den autoritären Umbau des amerikanischen Staatsapparats nach einem zweiten Wahlsieg Trumps entwarf.^{[29][30]}

Im August 2024 stand Alsleben wegen eines queerphoben Reposts auf X in der Kritik, in dem es zu queeren Menschen hieß: »Vögelt mit wem ihr wollt, wenn ihr erwachsen seid, lasst Euch abschnippeln oder annähen, was ihr wollt«, aber »geht mir damit nicht auf die Nerven, lasst es Euch nicht von mir bezahlen und vor allem Finger weg von den Kindern.«.^[31] Parteiinterne Kritik kam unter anderem von der Lesben- und Schwulenunion der CDU (LSU). Der Vorsitzende der LSU sagte, Alslebens Vorgehen zeige, »dass er Hass und Hetze gegen LGBTIQ+ nicht nur toleriert, sondern auch aktiv unterstützt«. Auch von der FDP-LGBTIQ+-Gruppe LiSL wurde Alsleben kritisiert.^[31]

weitere Mitglieder

- Michael Burbach, Prokurist (lt. Eintrag im Handelsregister), zugleich Prokurist beim [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#)
- Carl-Victor Wachs, Leiter Kommunikation und Presse, zuvor: Politikredakteur bei der "Bild"-Zeitung und Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Bundestag.^[32] Wachs war einer der Redner bei der [Berlin Campaign Conference](#).^[33]
- Lisa Wandel, Leiterin Kampagne, zuvor: Mitarbeiterin der Agentur Philipp und Keuntje, für die sie jahrelang führende Unternehmen, Bundesministerien und Verbände als Account Direktorin in den Bereichen Kommunikation, Digitales Marketing und Strategie betreut und beraten hat.^[34]
- Stephan Einenckel, Cheflobbyist, zuvor: Referent für Wirtschaftspolitik und politische Kontakte bei [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- (ab 01.01.2025) Stefan Schöncke, Chefvolkswirt, war von 2016-2022 wirtschaftspolitischer Referent im Bundestagsbüro von Carsten Linnemann, der seit Juli 2023 Generalsekretär der CDU ist
- Philipp Despot, Senior Referent Volkswirtschaft & politische Strategie, zuvor: wissenschaftlicher Mitarbeiter beim CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban, Pressesprecher der Jungen Union, Kampagnenreferent bei der CDU^[35]

Paten

Im Rahmen der Kampagne zum „Bürokratieabbau“ sind erstmals Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU-Fraktion und der FDP als sog. „Paten“ auserkoren worden, die für bestimmte Gesetze (oder deren Abschaffung) eine Patenschaft übernehmen und über die INSM-Webseite darüber berichteten.^[36] Zu den Bundestagsabgeordneten, die sich als „Bürokratiepaten“ betätigen, gehören Abgeordnete wie [Philipp Amthor](#) (CDU/CSU), [Gitta Connemann](#) (CDU/CSU), [Julia Klöckner](#) (CDU/CSU) und [Klaus-Peter Willsch](#) (CDU/CSU) sowie [Philipp Hartewig](#) (FDP) und [Rainer Semet](#) (FDP).^[37]

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das [Institut der deutschen Wirtschaft](#), das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem [Institut für Demoskopie Allensbach](#)^[38] - zusammen.

Aktivitäten

Die INSM ergänzt die klassische Lobbyarbeit von [Gesamtmetall](#). Sie beschreibt ihre Tätigkeit wie folgt^[39] :

Es werden Studien in Auftrag gegeben und die Resultate als Reformimpulse in die Politik weitergegeben. Dies geschehe durch Positionspapiere, Broschüren und Executive Summaries, welche in Mailings an MdB und Ministerien versandt werden. Darüber hinaus organisiere die INSM regelmäßig Veranstaltungen, welche Impulse an MdB, Bundesregierung und Ministerien vermitteln sollen. Zudem werbe sie auch öffentlichkeitswirksam im Rahmen thematischer Kampagnen für marktwirtschaftliche Reformen. Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien (auch über Medienkooperationen), die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autor:innen sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler:innen (Professor:innen und Mitarbeitende von Instituten).

Veranstaltungen

- [Wahldebatte 2021](#), zuvor [Wahlarena 2017](#), ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#) ist eine weitere Veranstaltungsreihe von "Die Welt" und INSM
- [Webinare](#) u.a. zu Renten- und Sozialpolitik, Mindestlohn, Freihandel
- [Hauptstadtforum](#) war eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)

Unterrichtsmaterialien und Bildung

Bis 2014 betrieb die INSM das Internetportal "[Wirtschaft und Schule](#)", das Unterrichtsmaterialien für Lehrer:innen zur Verfügung stellt. Kritiker:innen bemängelten, dass die INSM "Einfluss auf Unterrichtsinhalte an allgemein bildenden Schulen ausüben" würde.^[40] Konzipiert wurden die Materialien vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW Köln), das 2014 die Trägerschaft des Portals von der INSM übernahm.^[41] Das entsprach einer großen Änderung, da die INSM selbst ein Tochterunternehmen des IW Köln ist.

Das [Portal](#) stellt Lehrer:innen fertig benutzbare Materialien für den Unterricht in allen Schulstufen zur Verfügung. Dabei werden folgende Themenbereiche abgedeckt:

- Haushalt und Geld

- Unternehmen und Markt
- Staat und Wirtschaftspolitik
- Berufsorientierung und Arbeitsrecht
- Europa und die Globalisierung

Kritische Einordnungen finden sich hier:^{[42][43][44]}

Die [iw medien](#) hat 2014 eine "Kampagne gegen Fachkräftemangel" auf den Weg gebracht und schickt seitdem "M (Metall) + E (Elektro) InfoTrucks" in Schulen und Unternehmen.^[45]

Die INSM veröffentlicht jährlich einen sogenannten Bildungsmonitor, in dem Bildungssysteme aus Sicht der Wirtschaft bewertet werden. Dabei wird explizit eine ökonomische Perspektive vertreten. In Medienberichten darüber ist dann jedoch allgemein von guten oder schlechten Bildungssystemen die Rede.^[46] Der deutsche Lehrerverband lehnt das Ranking ab.^[47]

Mit einem Promotionskolleg zur Sozialen Marktwirtschaft kooperiert die INSM mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.^[48]

Aktivitäten zu Bundestagswahlen

Die INSM wird regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. Im Wahljahr 2021 organisierte die INSM gemeinsam mit der Tageszeitung „Die Welt“ verschiedene Veranstaltungen, die sich laut Christian Stöcker nur als „Wahlkampf-Events für die Union“ deuten lassen.^[49]

Anlässlich der Wahl 2017 veranstaltete die INSM in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“.^[50] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.^[51]

Politische Kampagnen

Die INSM trat mit der Kampagne „Sozial ist, ...“ 2000 erstmals in der Öffentlichkeit auf. Seitdem verwendet sie den Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ immer wieder.^[52] Er wurde in den folgenden Jahren von CSU, CDU und, in leicht abgeänderter Form, FDP in deren jeweiligen Wahlprogrammen aufgegriffen.^[53] Der Satz „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ stammt von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in Hitlers erstem Kabinett.^[54]

Die aktuellen Kampagnen sind [hier](#) abrufbar. Einige Kampagnen werden im Folgenden erläutert:

2025: Unterstützung der Initiative Transparente Demokratie

Alsleben ist Gründungsmitglied der [Initiative Transparente Demokratie](#), die gegen eine vermeintliche Übermacht von „NGOs“ – insbesondere Umweltverbände und Initiativen gegen Rechtsextremismus – polemisiert.^[55] Weitere Informationen zu diesem Thema finden sich in der Studie [DESINFORMATION, DIFFAMIERUNG UND DEFUNDING: ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK](#) von LobbyControl.

Kampagne zum "Bürokratieabbau" 2024

LobbyControl berichtete am 12. Juli 2024 über die PR -Kampagne der INSM zum Bürokratieabbau.^[56] Dieser Begriff werde als Feigenblatt genutzt, um ganz bestimmte Gesetze für Konzerne zu verhindern. Das könne zu Lasten des Gemeinwohls gehen – etwa wenn der Schutz von Menschenrechten in Lieferketten nur als Bürokratie-Last dargestellt werde. Für die aktuelle Kampagne zu „Bürokratieabbau“ schalte sie regelmäßig großflächige Anzeigen in Zeitungen und auf Social Media-Plattformen.

Außerdem seien diverse „Bürokratie-Paten“ auserkoren worden, die für bestimmte Gesetze (oder deren Abschaffung) eine Patenschaft übernehmen und über die INSM-Webseite darüber berichteten. Zu diesen Paten gehörten hauptsächlich Abgeordnete von CDU/CSU, z.B. Julia Klöckner oder Philipp Amthor sowie einige FDP-Abgeordnete.

Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz 2021

Die INSM schaltete am 8. Juni 2021 eine Reihe von Zeitungsanzeigen gegen das deutsche Lieferkettengesetz. Das Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.

Die Kampagne war in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen. Es hieß darin, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort“.^[57]

Organisationen wie UNICEF forderten hingegen, das Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.^[58] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwören, das „sachlichen Grundlagen entbehre“.^[59]

Dem Argument, die deutsche Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten, wurde bereits 2021 von führenden Ökonom:innen wie Prof. Dr. Peter Ulrich, dem Makroökonom Prof. Hans jörg Herr und der Betriebswirtin Prof. Dr. Elisabeth Fröhlich widersprochen.^[60]

An der Kampagne beteiligten sich die folgenden Verbände: [Arbeitgeberverband Gesamtmetall](#); [Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft](#); [BDA Die Arbeitgeber](#); [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#); [BAVC – Die Chemie Arbeitgeber](#); [BDE: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft](#); [BGA Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen](#); [Die Familienunternehmer](#); [BDL – Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen](#); [Markenverband](#); [Textil + Mode Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie](#); [VDM Verband Deutscher Metallhändler](#); [VDMA Verband deutscher Maschinen und Anlagenbauer](#); [VdR – Verband der deutschen Rauchtakindustrie](#); [VKE-Kosmetikverband](#); [WSM-Net: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.](#); [Wirtschaftsvereinigung Metalle](#); [ZDB Zentralverband Deutsches Baugewerbe](#); [Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks](#); [ZVEI Die Elektroindustrie](#)

Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock 2021

In einer Anzeigenkampagne positionierte sich die INSM Mitte Juni 2021 mit einem direkten Angriff auf das Wahlkampfprogramm der Partei Bündnis 90/Die Grünen.^[61] Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird in der Anzeige als Moses mit Gesetzestafeln inszeniert, das politische Programm der Grünen wird als drohende "Staatsreligion" betitelt. Die Anzeige erschien ganzseitig in den Printausgaben der „FAZ“, im „Tagesspiegel“, der „Bild“-Zeitung, in der „Süddeutschen Zeitung“ (sowohl im Print als auch online) und auf „ZEIT ONLINE“.

Die von der INSM angeführten angeblichen "Verbote" wurden im dpa-Faktencheck als „ungenau bis falsch“ klassifiziert.^[62] Kritisiert wurden zudem von verschiedenen Stellen die Anklänge an antisemitische Verschwörungsmymen und die orientalistische Bildsprache.^[63] Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich von der Kampagne distanziert.^[64] Die INSM wies diese Vorwürfe fünf Tage nach Erscheinen als Form des "Mundtot-Machens" zurück.^[61]

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[65]

Anzeigenkampagne gegen Olaf Scholz 2021

Im Januar 2021 startete die INSM mit dem Slogan „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ eine Anzeigenkampagne gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz. Darin warf sie dem damaligen Vizekanzler und Kanzlerkandidaten für die Wahl 2021 vor, "den Haushalt aufzublähen", "an der Schuldenbremse zu segnen", "Unternehmen im Regen" stehen zu lassen und Hilfesgelder zu versprechen, die nicht ankämen.^[66] Für die Kampagne wurden zudem ein Zitat des Ökonomen Peter Bofinger verwendet. Dieser bezeichnete es als „starkes Stück“, für den lobbyistischen Angriff auf Scholz „missbraucht“ zu werden.^[66]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik" 2019

Die Kampagne 12 Fakten zur Klimapolitik im Jahr 2019 richtete sich gegen die CO₂-Steuer und zielt auf eine langsamere Energiewende ab, die vor allem jenen Industrietiteln nützen würde, die sich auf fossile Energiequellen stützt. Im Zuge mehrerer Kampagnen bezog die INSM bereits seit Jahren Stellung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Förderung von Ökostrom. Die Kampagne war ehemals [hier](#) abrufbar.

Prof. Dr. Volker Quaschnig unterzog die 12 angeblichen Fakten der INSM einem Faktencheck und zieht folgendes Fazit: "Für Laien klingen viele der Fakten schlüssig und nachvollziehbar. Dabei verfolgt die INSM mit der Publikation der INSM-Fakten in erster Linie ganz klar die Ziele ihrer Unternehmen und nicht unbedingt die des besseren Klimaschutzes."^[67]

Kampagnen gegen einen "politischen Mindestlohn"

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft und deren Tochtergesellschaft INSM vom Februar 2021 kommt zu dem Ergebnis, „ein politischer Mindestlohn“ beschneide die Tarifautonomie und sei abzulehnen.^[68] In Unterrichtsmaterialien, die die INSM bereitstellt finden sich wissenschaftlich umstrittene Aussagen

wie: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden“.^[69] 2013 schickte die INSM Bundestagsabgeordneten und weiteren Menschen im politischen Bereich Voodoo-Puppen, die laut INSM „für den Wähler an sich“ stehen sollten. Mit in dem Paket befanden sich beschriftete Nadeln mit Themenfeldern, die der INSM zufolge „schmerzhafte Auswirkungen“ auf Entscheidungen der Wähler:innen hätten: Frauenquote, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Energiesubventionen, Zuschussrente und Mindestlohn.^[70]

Kampagnen zum Thema Rente

In unterschiedlichen Kampagnen wird das Thema Rente seit Anfang der 2000er von der INSM immer wieder aufgegriffen. Es wird eine Kürzung der gesetzlichen Rente gefordert und eine private Altersvorsorge für Bürger:innen nahegelegt. Auch wird die Senkung der Lohnnebenkosten gefordert; der durch Arbeitgeber:innen entrichtete Teil der Rentenbeiträge soll gesenkt werden, damit Unternehmen, so die Argumentation, wettbewerbsfähig bleiben.

Die INSM beauftragte verschiedene Studien beim [Institut für Demoskopie Allensbach](#), mit dem sie regelmäßig zusammenarbeitet. Auch treten Wissenschaftler:innen, die als Autor:innen für die INSM tätig sind, medial als neutrale Expert:innen auf, wie in einer Dokumentation zum Rentensystem, die im Juni 2021 im ZDF ausgestrahlt wurde, was zu einseitigen Lösungsvorschlägen führt.^[71]

Einschaltung von Agenturen

Bei wichtigen Kampagnen werden PR-Agenturen eingeschaltet. Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut, die nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[72] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) betreut. Seit Januar 2015 ist [Blumberry](#) für Werbung und PR zuständig.^[73] Blumberry ist ein Tochterunternehmen der Holding [Commarco](#). Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für die INSM innerhalb von Commarco zur [Commarco Campus Communications GmbH](#). Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel sei, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[74]

ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit.^[75] Gemeinsam mit der INSM erarbeitete ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst X (ehemals Twitter), um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Unter dem Geschäftsführer Alsleben wurde die politische Gen Z-Agentur DIGITALIEN eingeschaltet, deren Gründer und Geschäftsführer Finn Werner ist.^[76] Dieser war zuvor als Social Media Manager für die CSU-Landesgruppe und Alexander Dobrindt (CSU) im Deutschen Bundestag tätig.^[77] Werner war - wie Alsleben - einer der Redner bei der von der rechtskonservativen Kampagnenagentur The Republic organisierten Berlin Campaign Konferenz, zu deren Partner die [Heritage Foundation](#) und die INSM gehören.^[78]

Die Kampagne zum Bürokratieabbau mit einem Bürokratiemuseum hat die INSM gemeinsam mit der Agentur [thjnk](#) entwickelt.^[79]

Auftritte bei Parteitag von CDU, SPD und FPD

- **SPD-Bundesparteitag 2025:** Beim Bundesparteitag der SPD im Januar 2025 parkte die INSM einen großen LKW mit der Botschaft "SOS - Die Wirtschaft ist in Gefahr" vor dem Parteitagsgelände.
- **CDU-Bundesparteitag 2024:** Im Mai 2024 war die INSM mit einem Messestand zum Thema Bürokratieabbau auf dem CDU-Bundesparteitag vertreten. Dabei gab sie an, "in zahlreichen Gesprächen mit CDU-Politikerinnen und Politikern und Delegierten für die Soziale Marktwirtschaft und konkret für Bürokratieabbau geworben" zu haben.^[80]
- **FDP-Europaparteitag 2024:** Die INSM war beim FDP-Europaparteitag mit einem Stand vor Ort und hat dazu animiert, besonders „schöne“ bürokratische Hemmnisse in ihrem Bürokratievernichter zu schreddern.^[81] Dabei sei das das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz besonders häufig vernichtet worden.

Internationale Verbindungen

Partner der Berlin Campaign Conference 2024

Die INSM war im September 2024 Partner der [Berlin Campaign Conference](#), die die die Bildung von Mitte-rechts-Kooperationen auf internationaler Ebene zum Ziel hatte.^[82] Weitere Partner waren u.a. die rechte Denkfabrik [Heritage Foundation](#) und das konservative [The Leadership Institute](#), die maßgeblich an der Ausarbeitung des [Project 2025](#) beteiligt waren.^[83] Beim [Project 2025](#) handelte es sich um einen Plan zur autoritären Umgestaltung der US-Bundesregierung im Falle eines Sieges der Republikaner bei den Präsidentschaftswahlen 2024.^[84] Der Plan sah unter anderem die Entlassung von bis zu 50.000 Bundesbediensteten vor, von denen angenommen wurde, dass sie sich der Agenda des Präsidenten in den Weg stellen könnten.^[85] Weiterhin sollte die Unabhängigkeit des Justizministeriums eingeschränkt und der Kongress geschwächt werden.

Zu den Partnern der Berlin Campaign Conference gehört auch das [Danube Institute](#), das von der Orban-Regierung über eine Stiftung finanziert wird und deren Direktor John O'Sullivan früher bei der [Heritage Foundation](#) beschäftigt war.^[86] Gemeinsam organisieren sie den [Geopolitical Summit](#).

Kritik an der INSM

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung gegen die Steuerpläne der SPD zu machen.^[87] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“

Damit habe die INSM fälschlicherweise den Eindruck erweckt, dass die Reichensteuer auch für viele "Normalbürger:innen" mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Die sogenannte Reichensteuer, die einen Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz von 42 Prozent bezeichnet, greift jedoch erst ab einem zu versteuernden Einkommen von einer Viertel Millionen Euro.

Die Anzeige der INSM habe fälschlicherweise nahe gelegt, dass die SPD die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erheben wolle. Tatsächlich sollte ab diesem Schwellenwert zukünftig lediglich der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig war. Danach sahen die Pläne vor Steuersatz stetig auf bis zu 45% (ab 76.200 Euro) ansteigen zu lassen.

Laut „Spiegel Online“ hatte die INSM ihre Behauptung später relativiert. So habe es in einem Online-Text zunächst geheißen, die SPD wolle "den Schwellenwert, ab dem die Reichensteuer anfällt, auf 60.000 Euro senken". Später schrieb die INSM, die SPD wolle "den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken".^[87]

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor kritisierte 2005 ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations, das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellte in der Sendung fest, dass es der INSM gelungen sei "einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen".^[88]

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht.^[89] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die Rezipient:innen gelangt sind. In der überwiegenden Zahl der Medienberichte hätten nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggeber:innen und zu ihren Finanziers gefehlt.

Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind die Kooperationen von Medien mit der INSM überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung „Die Welt“, die in Partnerschaft mit der INSM 2021 Wahldebatten organisierte.^[90] „Die Welt“ und die INSM kooperieren außerdem bei der Veranstaltungsreihe WELTZUKUNFSDEBATTE.^[91] INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben ist laufend bei „Welt TV“ als Gastkommentator oder Interviewpartner präsent.^[92]

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[65]

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[93] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[94] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer:innen wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[95]

Einschüchterung von Journalist:innen

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalist:innen, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredaktionen oder Intendant:innen einzuschüchtern.^[96] Kritische Journalist:innen würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisant:innen dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, die zeigen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[97]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte der INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden.^[98]

Aufgelöste/inaktive Gremien

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wurde die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter anderer Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden.^[99] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren. Seit Juli 2024 ist der Beirat auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Vorsitzender war Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#).

Kuratorium

Vorsitzender des Kuratoriums war ebenfalls Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#) (Stand: Juni 2024).^[100] Seit Juli 2024 ist das Kuratorium auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden.^[101] Liquidator war [Oswald Metzger](#) (seit 2012 Vereinsvorstand).

Gründer mit glieder	
Hans Tietmeyer	Vorstand bis 2014, war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (siehe unten)
Florian Gerscher	ab 2009 Vorstand, SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des Bundesverband Briefdienste, ehem. Vorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit - heutige Bezeichnung Bundesagentur für Arbeit (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur WMP Eurocom entlassen)
Johanna Hey	Direktorin des Institut Finanzen und Steuern und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied des Zentralen Beirats der Commerzbank, Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der Stiftung Marktwirtschaft und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrats der CDU. Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch" ^[102]
Dietrich Lenzen	Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah ^[103] , Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Roman Herzog Institut, Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
Friedrich Merz	CDU-Kanzlerkandidat, Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, bis 2021 Mitarbeiter der Kanzlei Mayer Brown LLP, vertrat unter anderem BASF, bis 2021 Vizepräsident des unternehmerischen Lobbyverbands Wirtschaftsrat der CDU und Gastmitglied im Präsidium der Mittelstands- und Wirtschaftsunion, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung
Ulrike Nasse- Meyf arth	
Dietrich Rickert	"Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für marktliberale Reformen zu werben
Hergard Roh	

Gründermitglieder	
weder	Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung Liberales Netzwerk
Max Schön	Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
Carl-Ludwig Thiele	Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank , Kuratoriumsmitglied des Institut Finanzen und Steuern , bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.
Weitere Mitglieder:	
Michael Hoffmann-Becking	Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät Hengeler Mueller , Mitglied des Wirtschaftsforums der FDP und Gesellschafter der FAZIT-STIFTUNG
Marie-Luise Dött	umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende Bund Katholischer Unternehmer , Mitglied der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen

Quelle: ^[104]

Botschafter:innen

Die Botschafter:innen unterstützten die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie gaben Interviews, schrieben Gastbeiträge und traten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[105] Stattdessen wurden sie beispielsweise als "Expert:innen für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion. Im Juli 2024 waren die Botschafter auf der Webseite der INSM nicht mehr zu finden.

Botschaf
ter:
inne
n

Rola

nd Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des [Konberg](#) [vent für Deutschland](#)

er

Chri

stop

h Inhaber des Stiftungslehrstuhls für innovatives Markenmanagement am Fachbereich

Bur

man

n

Dom
iniqu

e

Döttl

ing

Flori

an

Gers

ter

Mart

in

Kan

negi

eßer

Otm

ar

Issin

drich

g

Osw

ald

Metz

Die

ger

Aren

d

Oetk

er

Walt

her

Otre

mba

er

er

er

er

er

er

er

er

Inhaber des Stiftungslehrstuhls für innovatives Markenmanagement am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen (der Lehrstuhl wurde von Markenartikelunternehmen wie Kraftfoods Deutschland und der Brauerei Beck & Co. gespendet)

Chief People Officer bei Ibeo Automotive Systems GmbH, bis 2021 Geschäftsführende Gesellschafterin der Döttling & Partner Beratungsgesellschaft

Unternehmensberater, frühere Positionen: Vorsitzender des Bundesverbands Paket und Expresslogistik, Präsident des Bundesverbands Briefdienste, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit (später umbenannt in Bundesagentur für Arbeit), seit 2020 Mitglied der FDP (ehem. SPD-Politiker)

Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbands [Gesamtmetall](#), Geschäftsführer Herbert Kannegiesser GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM

Ehrenvorsitzender des [Center for Financial Studies](#), Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)

Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der [Metz Die Familienunternehmer - ASU](#)

Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke

Ehem. Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien, unter anderem im

Bundeswirtschaftsministerium, Vorsitzender [Bundesverband Briefdienste](#)

Karl-

Hein Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der **Friedrich-Naumann-Stiftung** und Mitglied des **Wirtschaftsforums der FDP**, Mitglied des Beirats der **Paqu** Denkfabrik **REPUBLIK21 e.V.**, ehem. Finanzminister von Sachsen-Anhalt

é

Bern

d Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Direktor des **Forschungszentrum** **Raff** **Generationenverträge** (FZG), Mitglied des Aufsichtsrats der Union Investment Privatfonds GmbH,

elhü Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des **Wirtschaftsrat der CDU** (ehem. Vorsitzender der **sche** Kommission Alterssicherung^[106]), Mitglied des Vorstands der **Stiftung Marktwirtschaft**

n

Arnd

t Unternehmensberater, Gründer und Managing Partner von Rautenberg & Company

Raut (Beratungsunternehmen für Finanzinvestoren), ehemaliger Strategiechef **Deutsche Telekom**, Mitglied

enbe des **Wirtschaftsforums der FDP**

rg

Ran Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke **G. Rodenstock GmbH & Co. KG**, ist bzw. war

dolf

Rod

in leitender Funktion in einer Vielzahl von Verbänden und neoliberalen Netzwerken aktiv, u. a. dem

enst

ock

INSM-Finanzier Gesamtmetall und der INSM-Muttergesellschaft **Institut der deutschen Wirtschaft(IW)** jeweils als Vizepräsident, Mitglied der **Ludwig-Erhard-Stiftung** und des **Wirtschaftsforums der FDP**

Krist

ina Publizistin und Kolumnistin bei der Tageszeitung "Die Welt", ehem. Bundesfamilienministerin (CDU),

Schr

öder

Nikol

aus Vorsitzender des Kuratoriums der **Stiftung Marktwirtschaft**, Ehrenmitglied des **Wirtschaftsrates der**

Sch

weic

kart

CDU und ehem. Vorstandsvorsitzender der **Altana** AG sowie ehem. Vorsitzender der **Altana**

en

Star

k

Kulturstiftung gGmbH und der **Herbert Quandt-Stiftung**

Jürg

en

Star

k

Ehem. Chefvolkswirt und Mitglied im Direktorium der **Europäischen Zentralbank** (EZB), Mitglied des

Kuratoriums der **Bertelsmann Stiftung**, Mitglied des Beirats der **Aktionsgemeinschaft Soziale**

Marktwirtschaft

Erwi

n Ehem. Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland, Initiator der **Initiative D21**, Mitglied

Stau

dt

Tho

mas bis 8/2014 Direktor des **Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut** (HWWI), Mitglied des

Stra

ubha

ar

Wissenschaftlichen Beirats des **Wirtschaftsrat der CDU**, Mitglied des Kuratoriums der **Friedrich-**

Naumann-Stiftung, Mitglied des Beirats des **Institut für Unternehmerische Freiheit**

ar

Ehemalig

e

Kurator:

innen

und

Botschaf

ter:innen

- Arnulf Baring** Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe **Friedrich-Naumann-Stiftung** sowie die **Konrad-Adenauer-Stiftung** und ist Mitglied des Kuratoriums der Stiftung **Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft**
- Marie-Luise Dött** (siehe Förderverein)
- Johann Eekhoff** Staatssekretär a.D., Direktor des **Institut für Wirtschaftspolitik** an der Uni Köln, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des **Wirtschaftsrat der CDU**, am 3. März 2013 bis Ende 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der **Stiftung Marktwirtschaft**, Mitglied der **Ludwig-Erhard-Stiftung** verstorben
- Michael Glos** CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009
- Paul Kirchhof** ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der **Friedrich August von Hayek Stiftung**, Mitglied der **Ludwig-Erhard-Stiftung**, setzt sich für eine Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben großer Vermögen" entlastet^[108]
- Eberhard von Körber** Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich, ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und Aufsichtsratsvorsitzender von **ABB**, 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler **Helmut Kohl**
- Rolf Peffkoven** ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem. Mitglied des **Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** (SVR), Mitglied des **Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen**, des Wissenschaftlichen Beirats der **Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen** und des Beirats der **DZ BANK AG**
- Christine Scheel** ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der **CNC Communications & Network Consulting** trat im Dezember 2004 aus der INSM aus^[109], beteiligte sich aber auch danach noch an deren Kampagnen^[110]
- Lothar Späth** CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der **Jenoptik**, ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank **Merrill Lynch**, ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der **Herrenknecht AG**, beriet zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen.^[111] verstorben

11]

Edmund Stoiber	ehrentamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007	verließ die INSM nach deren Kritik an den Agrarsubventionen
Hans Tietmeyer	ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank , Mitglied der Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung , der Friedrich August von Hayek Stiftung , der Stiftung Ordnungspolitik/Centrum für Europäische Politik und Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der INSM. ^[112]	am 27. Dezember 2016 verstorben

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern **Angela Merkel** und **Karl-Theodor zu Guttenberg**, damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können." Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“ ^[113]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung*
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung*.
- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Jahresabschluss der INSM GmbH zum Geschäftsjahr 2021, abrufbar beim Unternehmensregister
2. ↑ [INSM](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 10.08.2025
3. ↑ [Trau schau wem](#), igmetall.de vom 06.08.2020, abgerufen am 22.06.2021
4. ↑ [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.Grundrentenslapstick](#), felfree.de, abgerufen am 15.08.2024
5. ↑ [Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
6. ↑ [Über uns](#), insm.de, abgerufen am 22.07.2024
7. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der CDU](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 15.08.2024
8. ↑ [Berlin Campain Conference](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 15.08.2024
9. ↑ [Project 2025 Presidential Transition Project](#), documentcloud.org, abgerufen am 19.08.2024
10. ↑ [Die radikalen Pläne für Trumps neue Amtszeit](#), zdfheute.de vom 07.11.2024, abgerufen am 10.08.2025
11. ↑ [Über uns](#), insm.de, abgerufen am 22.07.2024
12. ↑ [insm.de Über uns](#), abgerufen am 12.07.24
13. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, [www.bundesanzeiger.de](#), abgerufen am 18.04.2017
14. ↑ Norbert Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25
15. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
16. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung Rdnr. 44
17. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
18. ↑ [Propaganda für die Welt von vorgestern](#), spiegel.de vom 18.06.2021, abgerufen am 21.06.2021
19. ↑ [Alsleben wird neuer INSM-Geschäftsführer](#), politik-kommunikation.de, 05.12.2022, abgerufen am 24.04.2025
20. ↑ [Thorsten Alsleben im Interview: „In der CDU brauchen Sie einen Mahner für Ordnungspolitik“](#), mitbund.de, 22.03.2023, abgerufen am 24.04.2025
21. ↑ [Thorsten Alsleben](#), twitter.com, abgerufen am 13.12.2022
22. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der Industrie](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 13.12.2022
23. ↑ [Religiöse Rechte in Deutschland suchen Schulterschluss mit Trump](#), correctiv.org vom 28.02.2025, abgerufen am 25.10.2025
24. ↑ [ARC 2025 Keynote Speakers](#), arcforum.com, abgerufen am 24.04.2025
25. ↑ ^{25,025,1} [Wo sich Antifeministen, christliche Fundamentalisten und Demokratiefeinde treffen](#), blog.campact.de, 26.02.2025, abgerufen am 24.04.2025
26. ↑ [Keynote Speakers](#), arcforum.com, abgerufen am 10.05.2025
27. ↑ [LEAKED: Oil Execs and Trump Allies Attend Jordan Peterson’s ARC Conference](#), desmog.com vom 16.02.2025, abgerufen am 11.05.2025

28. ↑ [Tête-à-Tête in Berlin: Lobbytreffen mit Antidemokraten aus den USA](#), lobbycontrol.de, 23.09.2024, abgerufen am 24.04.2025
29. ↑ [„Erschreckende Nähe“:CDU liebäugelt mit Trumps Republikanern](#), merkur.de vom 14.08.2024, abgerufen am 15.08.2024
30. ↑ [Radikaler Plan für eine zweite Präsidentschaft Trumps](#), deutschlandfunk.de, 17.07.2024, abgerufen am 24.04.2025
31. ↑ ^{31,031,1} [Queer-Zoff in der CDU](#), spiegel.de vom 09.08.2024, abgerufen am 24.04.2025
32. ↑ [Wachs wird Kommunikationschef der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 11.07..2023, abgerufen am 03.08.2023
33. ↑ [Speakers](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 10.08,2025
34. ↑ [Matuschka und Wandel komplettieren Neuaufstellung der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 13.02.2024, abgerufen am 22.07.2024
35. ↑ [Carl-Victor Wachs und Philipp Despot verstärken INSM](#), insm.de vom 10.07.2023, abgerufen am 22.07.2024
36. ↑ [Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 15.07.2024
37. ↑ [Übersicht aller teilnehmenden MdBs](#), weniger-buerokratie.de, abgerufen am 21.07.2024
38. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
39. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 15.07.2024
40. ↑ [Ökonomische Bildung – eine neutrale Sache? Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\) Einfluss auf Unterrichtsinhalte an allgemein bildenden Schulen ausübt](#) Arbeitspapier 264 der Hans-Böckler-Stiftung von 2012, abgerufen am 17.09.2024
41. ↑ [Portal Wirtschaft und Schule – Ideen und Materialien für die Ökonomische Bildung](#) schulewirtschaft-schleswig-holstein.de vom 14.11.2014, abgerufen am 17.09.2024
42. ↑ [Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements](#), NachDenkSeiten, 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011
43. ↑ [Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik](#), Bielefeld 2011
44. ↑ [Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke](#)
45. ↑ [\[1\]Infotrucks](#), abgerufen am 15.09.2024
46. ↑ [Wer hat das beste Bildungssystem? Flache Lernkurve beim Umgang mit INSM-Studie](#) www.uebermedien.de vom 17.08.2022, abgerufen am 24.08.2022
47. ↑ [Lehrerverband kritisiert Bildungsmonitor](#) spiegel.de vom 16.08.2019, abgerufen am 15.09.2024
48. ↑ [\[2\] KAS. Das Kolleg](#), abgerufen 18.06.2021]
49. ↑ [Christian Stöcker: Komm, wir kaufen uns einen Kanzler](#), Der Spiegel, 13.06.2021, abgerufen am 18.06.2021
50. ↑ [Wahlarena 2017](#), insm.de, abgerufen am 17.04.2017
51. ↑ [Wie gerecht ist Deutschland?](#), 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
52. ↑ [\[3\]](#), insm.de, abgerufen am 18.06.2021
53. ↑ [\[4\]](#), Raffael Scholz, Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und ihre Schlüsselwörter, 13.11.2014, Blickpunkt WISO, abgerufen am 17.06.2021
54. ↑ [\[5\]](#), Oliver Hinz, Slogan aus Nazizeit, 16.08.2002, taz, abgerufen am 18.06.2021
55. ↑ [Thorsten Alsleben](#), linkedin.com, abgerufen am 02.10.2025
56. ↑ [Die INSM und der Deckmantel „Bürokratieabbau“](#) , lobbycontrol.de, abgerufen am 15.07.2024
57. ↑ [Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte](#) insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
58. ↑ [Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern](#) unicef.de vom 25.06.2021, abgerufen am 23.11.2022

59. ↑ [Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums](#) lieferkettengesetz.de vom 05.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
60. ↑ [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
61. ↑ ^{61,061,1} [Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne](#), Der Spiegel, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
62. ↑ [INSM-Vorwürfe gegen grüne - Ungenau bis falsch](#), Tagesschau.de, 14.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
63. ↑ [Mit allen Mitteln](#), ZEIT ONLINE, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
64. ↑ [Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab](#), Deutschlandfunk, 12.06.2021, abgerufen am 18.06.2021
65. ↑ ^{65,065,1} [INSM-Kampagne: Presserat prüft Verfahren gegen "SZ"](#), DWDL.de, 16.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
66. ↑ ^{66,066,1} [Dieter Schnaas, Etwas mehr Qualität, bitte!](#), wiwo.de, 21.02.2021, abgerufen am 24.04.2025
67. ↑ [Faktencheck der 12 Fakten zum Klimaschutz der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM](#) www.volker-quaschning.de vom 17.07.2019, abgerufen am 05.09.2024
68. ↑ [Politischer Mindestlohn beschneidet die Tarifautonomie](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
69. ↑ [Lobbyisten im Lehrerzimmer](#), ZEIT ONLINE, 11.05.2011, abgerufen am 18.06.2021
70. ↑ [Wirtschaftslobby bezirzt Bundestag mit Voodoo](#), sueddeutsche.de, 07.01.2021, abgerufen am 17.06.2021
71. ↑ [ZDF-Doku: Am Ende sind die Zuschauer arm dran](#), heise online, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
72. ↑ [Rudolph Speth: Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
73. ↑ [Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab](#), horizont.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
74. ↑ [\[6\]](#), commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
75. ↑ [Digital Public Affairs](#), agentur-adverb.de, abgerufen am 17.02.2021
76. ↑ [DIGITALIEN](#), digitalien.agency, abgerufen am 09.08.2025
77. ↑ [Werner startet mit Gen-Z-Agentur DIGITALIEN durch](#), politik-kommunikation.de vom 02.09.2024, abgerufen am 09.08.2025
78. ↑ [Program](#), web.cvent.com, abgerufen am 15.06.2025
79. ↑ [INSM gewinnt Politikaward für Bürokratie-Museum](#), presseportal.de vom 03.06.2025, abgerufen am 10.08.2025
80. ↑ [INSM CDU-Bundesparteitag](#), insm.de, abgerufen am 24.04.2025
81. ↑ [FDP-Europaparteitag](#), insm.de, abgerufen am 14.07.2024
82. ↑ [Berlin Campaign Conference](#), berlincampaignconference.com, abgerufen am 15.08.2024
83. ↑ [Project 2025 Presidential Transition Project](#), documentcloud.org, abgerufen am 19.08.2024
84. ↑ [„Erschreckende“ Verbindung: CDU zeigt Interesse an Trumps Republikanern](#), merkur.de vom 15.08.2024, abgerufen am 19.08.2024
85. ↑ [„Diktator“, „Ungeziefer“, „Verfolgung“ – Donald Trump schlägt in seinem Wahlkampf für eine zweite Amtszeit zunehmend autoritäre Töne an](#), deutschlandfunk.de vom 13.2.2024, abgerufen am 19.08.2024
86. ↑ [How Victor Orban Conquered the Heritage Fondation](#), newrepublic.com vom 29.08.2024, abgerufen am 15.03.2024

87. ↑ ^{87,087,1} [Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen](#), 26.06.2017, [spiegel.de](#), abgerufen am 28.06.2017
88. ↑ [Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht](#), MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website [schmids ideenschmiede](#), abgerufen am 05.09.2011
89. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit](#), Website [nuernbergk](#), abgerufen am 4.9.2011
90. ↑ [\[7\]](#), [insm.de](#), abgerufen am 17.04.2017
91. ↑ [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#), [insm.de](#) vom 06.09.2022, abgerufen am 17.09.2022
92. ↑ [Suche — Thorsten Alsleben](#), [welt.de](#), abgerufen am 13.08.2024
93. ↑ [epd: Arzneihersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
94. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
95. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
96. ↑ [Die Medien einschüchtern](#), Freitag vom 11. Januar 2005, Website [Freitag](#), zuletzt abgerufen am 15.12.2017
97. ↑ [Kritiker unerwünscht](#), [LobbyControl](#) vom 13. April 2007, Website [LobbyControl](#), abgerufen am 1.9.2011
98. ↑ [Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP foodwatch](#) am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
99. ↑ [Speth: Strategien](#), S. 30
100. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), [insm.de](#), abgerufen am 18.10.2023
101. ↑ [Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812](#), Abdruck vom 13.02.2017
102. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch](#), [Financial Times Deutschland](#) vom 2. Mai 2006, Website der [FTD](#), abgerufen am 13.8.2011
103. ↑ [Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen](#), [Der Spiegel](#) vom 13. November 2011
104. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, [lobbycontrol.de](#), abgerufen am 13.02.2017
105. ↑ [Speth: Die politischen Strategien](#), S. 29
106. ↑ <https://www.fwiw1.uni-freiburg.de/forschungszentrum-generationenvertraege/prof-dr-bernd-raffelhueschen/>, abgerufen am 12.07.24
107. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 19.10.2023
108. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website [DIW](#), abgerufen am 18.7.2011
109. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Handelsblatt](#) vom 1. Dezember 2004, Website [HB](#), abgerufen am 22. Oktober 2012
110. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel](#) 4. September 2009, Website der [INSM](#), abgerufen am 22. Oktober 2012
111. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website [econ-referenten](#), abgerufen am 2.8.2011
112. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
113. ↑ [Bülow, Marco: Wir Abnicker](#), Berlin 2010, S. 182 f.

Gesamtmetall

Der **Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie (Gesamtmetall)** ist der Dachverband der regionalen Metallarbeitgeberverbände in Deutschland, in denen sich Unternehmen des Maschinenbaus, der Automobilindustrie und der Metallverarbeitung organisiert haben. Gesamtmetall vertritt die grundlegenden Interessen seiner Mitglieder auf Bundesebene. Als Dachverband plant und koordiniert er in Abstimmung mit den Landesverbänden die bundesweite Tarif-, Sozial- und Bildungspolitik. Die Tarifverträge werden von den Landesverbänden abgeschlossen.

Gesamtmetall ist Mitglied der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) und Partner des [Institut der deutschen Wirtschaft](#). Die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) wird von Gesamtmetall finanziert und gesteuert.

Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.



Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Dachverband der Metall- und Elektroindustrie
Gründungsdatum 1949
Hauptsitz Voßstr. 16, 10117 Berlin-Mitte
Lobbybüro
Lobbybüro
EU
Webadresse gesamtmetall.de

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	27
2 Lobbytätigkeit	27
3 Organisationsstruktur und Personal	28
3.1 Geschäftsführung	28
3.2 Büro Brüssel	28
3.3 Präsidium	29
3.4 Gesamtvorstand	29
3.5 Regionale Arbeitgeberverbände	29
4 Parteispenden	30
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	30
6 Einzelnachweise	30

Aktivitäten

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit ist die Unterstützung der Unternehmen darin, die für sie beste Lösung bei den Arbeitsbedingungen zu finden - egal, ob durch Firmentarife, einzelvertragliche Regelungen oder Flächentarif. Allerdings bleiben Tarifträgerschaft und Flächentarifvertrag wesentliche Merkmale der M+E-Arbeitgeberverbände. Gesamtmetall beschäftigt sich weiterhin mit den Themen Sozialpolitik, Arbeitsrecht, Berufsbildung und Öffentlichkeitsarbeit.

Lobbytätigkeit

Die Lobbytätigkeit wird wie folgt beschrieben: "Im Vorfeld von neuen Gesetzen oder Verordnungen, vor allem bei den Hearings, beraten und informieren die Experten von Gesamtmetall über die Auswirkungen für die Metall- und Elektro-Industrie".^[1] Über die von Gesamtmetall finanzierte [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) werden Kampagnen initiiert, die die Öffentlichkeit und die Politik von gesetzlichen Rahmenbedingungen im Interesse der Metall- und Elektroindustrie überzeugen sollen. Der Jahresetat der

INSM beträgt 7 Mio. Euro; die Gesamtzahlungen an die INSM summierten sich seit 2000 auf rund 100 Mio. Euro.^[2] Der Präsident von Gesamtmetall, Stefan Wolf (CDU), ist Vorstandsvorsitzender eines Autozulieferers, Vorstandsmitglied des [Verbands der Automobilindustrie](#) (VDA) und Vorsitzender des Kuratoriums der INSM. Die Interessen seines eigenen Unternehmens bei der Ausgestaltung der Energiewende wird durch die Antwort auf die Frage nach den Bedrohungen seines Geschäftsmodells deutlich: „Ein ganz schneller Wandel der Antriebskonzepte wäre eine Bedrohung. Zum Beispiel eine bahnbrechende Erfindung, die den Verbrennungsmotor innerhalb der nächsten zwei Jahre komplett obsolet machen würde“.^[3] Muttergesellschaft und Beratungsinstitut der INSM ist das [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW), dessen Präsident Arndt Kirchhoff einer der Vizepräsidenten von Gesamtmetall ist.

Gesamtmetall betreibt - auch über die INSM - eine polarisierende Lobbypolitik. So erklärte Stefan Wolf, Präsident und Kuratoriumsvorsitzender der INSM im August 2021, es müsse sogar über ein Renteneintrittsalter von 69 bis 70 Jahren geredet werden.^[4] SPD, Grünen und Linken unterstellt er pauschal, dass sie keine freie Industrie und Marktwirtschaft wollen, die Innovationen hervorbringt: "Sie wollen eine verwaltete und von Regeln überzogene Gesellschaft und Industrie“.^[5]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

- Hauptgeschäftsführer: Oliver Zander, [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Mitglied des Vorstands
- Stellvertreterin: Indra Hadel
- Politik und Kampagnen: Antonin Finkelnburg (Tätigkeit 2006-2009: CDU Bundesgeschäftsstelle mit Zuständigkeit für Kampagnenplanung und den Bundestagswahlkampf)

(Stand: Februar 2019) Quelle: ^[6]

Büro Brüssel

Laut [EU Transparenz-Register](#) hat der Verband den Zweck, alle sozialrechtlichen und sozialpolitischen Belange der Metall- und Elektroindustrie sowie verwandter Industrien und verbundener Wirtschaftszweige, auch des Dienstleistungsbereichs (M+E-Industrie) zu wahren, die von grundsätzlicher Bedeutung sind. Gesamtmetall verfolge in Brüssel vorrangig Initiativen zur Beschäftigungs- und Sozialpolitik, dem Europäischen Semester und der wirtschaftspolitischen Koordinierung, Industriepolitik, Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie Initiativen zu Arbeitnehmerfreizügigkeit (z.B. die Revision der VO 883/2004, Auswirkungen der Covid-19 Pandemie auf grenzüberschreitende Tätigkeiten), Nachhaltigkeit, Brexit und Gleichstellung der Geschlechter.

Leiter des Büros Brüssel ist die Stellvertretende Geschäftsführerin Indra Hadel. Die Zahl der Beschäftigten lag 2020 bei 5 (Vollzeitäquivalent: 3,5). Die Ausgaben in Brüssel werden mit 400 Tsd. - 500 Tsd. Euro beziffert.

Präsidium

Das Präsidium berät die Strategie des Verbandes und bereitet entsprechende Beschlüsse des Gesamtvorstandes vor. Mitglieder sind:

- Stefan Wolf (CDU), Präsident, Vorstandsvorsitzender des Autozulieferers ElringKlinger AG, Vorstandsmitglied des [Verbands der Automobilindustrie](#) (VDA), Vizepräsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Vorsitzender des Kuratoriums der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)
- Wolfram Hatz, Vizepräsident, Vorsitzender des Beirats und Gesellschafter der Motorenfabrik Hatz GmbH & Co. KG, Präsident des Bayerischen Unternehmensverbands Metall und Elektro (bayme) und des Verbands der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie (vbm)
- Arndt Kirchhoff, Vizepräsident, Geschäftsführender Gesellschafter der Kirchhoff Automotive Holding GmbH & Co. KG, Präsident des [Instituts der deutschen Wirtschaft](#), Vizepräsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Präsidiumsmitglied des [Bundesverbands der Deutschen Industrie](#) und des [Verbands der Automobilindustrie](#) (VDA)
- Wolf Matthias Mang, Vizepräsident, Geschäftsführer der Arno Arnold GmbH (Herstellung von Schutzabdeckungen), Vorstandsvorsitzender des Arbeitgeberverbands Hessenmetall, Präsident der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände, Präsidiumsmitglied der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA)
- Wilfried Porth, Vorstandsmitglied der [Daimler AG](#)
- Folkmar Ukena, Schatzmeister, Geschäftsführender Gesellschafter des Kamin-Herstellers LEDA Werk GmbH & Co. KD und Präsident des Nordverbands (Zusammenschluss der norddeutschen Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie)

Quelle: ^[7]

Gesamtvorstand

Der Gesamtvorstand ist für alle Angelegenheiten des Verbandes zuständig, soweit sie nicht der Mitgliederversammlung oder dem Tarifpolitischen Vorstand vorbehalten sind. Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Regionale Arbeitgeberverbände

Zu den regionalen Arbeitgeberverbänden zählen:

- VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie e.V.
- Südwestmetall Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e.V.
- METALL NRW – Verband der Metall- und Elektroindustrie Nordrhein-Westfalen e.V.
- Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Lüdenscheid e.V.
- Verband der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie e.V. und Unternehmensverband der Metall- und Elektroindustrie Sachsen e.V.

Parteispenden

Gesamtmetall als bundesweiter Verband spendet nur selten an Parteien. Die in Gesamtmetall organisierten regionalen Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie zusammengenommen sind jedoch mit Abstand der größte Parteispender in Deutschland. Gesamtmetall als Bundesverband tritt zudem regelmäßig als Sponsor bei Parteiveranstaltungen auf. Die Höhe der damit einhergehenden Zahlungen ist bislang unbekannt.

Die Metall-Arbeitgeber spendeten seit dem Jahr 2000 insgesamt 26.689.447,61 Euro an CDU/CSU, FDP, SPD, Grüne und Freie Wähler. Die Spenden sind in der [Parteispenden-Datenbank](#) abrufbar.

Geldgeber	CDU	CSU	FDP	SPD	Grüne	Freie Wähler	Summe pro Geldgeber
VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie e.V.	0	11.445.533,91	1.790.453,88	929.902,15	869.519,07	228.000	15.263.409,01
Südwestmetall Verband der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e.V.	3.387.770,60	0	1.724.177,30	952.258,00	1.060.564,50	0	7.124.770,40
METALL NRW – Verband der Metall- und Elektroindustrie Nordrhein-Westfalen e.V.	2.167.512,65	0	1.123.074,13	410.564,50	100.000	0	3.801.151,28
Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie Lüdenscheid e.V.	473.403,20	0	0	0	0	0	473.403,20
Unternehmensverband der Metall- und Elektroindustrie Sachsen e.V.	75.000	0	20.000	0	0	0	95.000
Gesamtmetall	90.000	0	90.000	20.000	20.000	0	220.000
Gesamtsumme je Partei	6.085.686,45	11.445.533,91	4.643.419,03	2.252.724,65	2.025.083,57	228.000	26.680.447,61

(Stand: April 2025)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Aufgaben](#), gesamtmetall.de, abgerufen am 23.06.2021

2. ↑ Trau schau wem, igmetall.de vom 06.08.2020, abgerufen am 22.06.2021
3. ↑ #ShowMEyourdesk mit Stefan Wolf, suedwestmetall.de, abgerufen am 23.06.2021
4. ↑ Arbeitgeber fordern Rente mit 70: „Wir müssen darüber reden“, merkur.de vom 18.08.2021, abgerufen am 18.08.2021
5. ↑ „Wir müssen die soziale Marktwirtschaft erhalten“, gesamtmetall.de vom 17.08.2021, abgerufen am 18.08.2021
6. ↑ Geschäftsstelle Berlin, gesamtmetall.de, abgerufen am 23.06.2021
7. ↑ Gremien, gesamtmetall.de, abgerufen am 23.06.2021

Institut der deutschen Wirtschaft

Das **Institut der deutsche Wirtschaft Köln e.V.** (IW) ist ein privates, unternehmensnahes Wirtschaftsforschungsinstitut, das Analysen und Stellungnahmen zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik erarbeitet. Trägervereine sind die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) und der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI). Die Mitglieder des Vereins sind [hier](#) abrufbar. Über die Tochtergesellschaft [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) und andere ihr nahestehende Organisationen entwickelt das IW PR-Aktivitäten für die wirtschaftspolitischen Positionen der Arbeitgeber.

Institut der deutschen Wirtschaft

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Wirtschaftsforschung
Gründungsdatum	1951
Hauptsitz	Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50459 Köln
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Avenue des Arts 19 A-D, B-1000 Brüssel
Webadresse	www.iwkoeln.de

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	32
1.1	Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	32
1.2	Roman Herzog Institut	32
1.3	Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT	32
2	Fallstudien und Kritik	32
2.1	Lobbyisten in Ministerien	32
3	Organisationsstruktur und Personal	33
3.1	Präsident und Direktor	33
3.2	Präsidium und Vorstand	33
3.3	Tochtergesellschaften	33
3.3.1	Institut der deutschen Wirtschaft Köln Junior gGmbH	33
3.3.2	Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (IW Consult GmbH)	33
3.3.3	Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH (IW Medien)	33
4	Finanzen	34
5	Kurzdarstellung und Geschichte	34
6	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	34
7	Einzelnachweise	35

Lobbystrategien und Einfluss

Das Institut der deutschen Wirtschaft ist an den folgenden PR-Aktivitäten für die wirtschaftspolitischen Positionen der Arbeitgeber beteiligt:

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) ist eine Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft^[1], die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)) gegründet worden ist. Sie wird von Gesamtmetall auch finanziert. Die INSM ist eine PR-Initiative, die für marktliberale Reformen wirbt. Gesteuert und kontrolliert wird die INSM durch den Beirat, dessen Vorsitzender, Stefan Wolf, Präsident von [Gesamtmetall](#) ist. Die Kuratoren und Botschafter sind zu einem großen Teil auch Mitglieder von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden, der CDU und FDP sowie dieser nahestehenden Organisationen.

Roman Herzog Institut

Träger des [Roman Herzog Institut](#) sind die [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) und die Arbeitgeberverbände der bayerischen Metall- und Elektro-Industrie. Das Institut der deutschen Wirtschaft liefert dem Roman Herzog Institut die wissenschaftlichen Expertisen.

Mitglieder des Vorstands sind u. a.:

- Ehrenvorsitzender: Roman Herzog, Bundespräsident a.D. (†10.01.2017)
- Vorsitzender: [Randolf Rodenstock](#), Geschäftsführender Gesellschafter Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co.KG , Vizepräsident des Instituts der deutschen Wirtschaft und Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)

Bundesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT

Die vom Institut der deutschen Wirtschaft und und der [Bundesvereinigung](#) (BDA) getragene [Bundesarbeitsgemeinschaft](#) hat die Aufgabe, die Zusammenarbeit zwischen Schule und Wirtschaft zu fördern und Lehrer der verschiedenen Fachrichtungen fortzubilden. Auf Landesebene wird das Netzwerk von Dachverbänden und Bildungswerken der Arbeitgeber in Partnerschaft mit Ministerien getragen. In das Verständnis der Grundlagen des Wirtschafts- und Sozialsystems, das gefördert werden soll, fließen die Bewertungen der Arbeitgeber mit ein.

Fallstudien und Kritik

Lobbyisten in Ministerien

Ende 2010 entsendete das IW einen Senior Economist ins Auswärtige Amt.

im Auswärtigen Amt

Zeitraum	02.09.2010- 17.12.2010, Erstattung der Kosten des IW durch das AA ^[2]
Mitarbeiter	Senior Economist

**Bearbeitete
Themen**

Mitarbeit im Planungsstab des AA zum Thema Wissenstransfer und Ausarbeitungen zu Außenwirtschafts- und Finanzpolitik

Organisationsstruktur und Personal

Das Institut beschäftigt rund 80 WissenschaftlerInnen.

Präsident und Direktor

Präsident: Arndt Günter Kirchhoff, Geschäftsführender Gesellschafter und CEO der KIRCHHOFF Automotive Holding GmbH & Co. KG und u.a. Vizepräsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(BDA\)](#) und Mitglied des Präsidiums des [Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#)

Direktor: [Michael Hüther](#). Der Direktor des Instituts ist kraft Amtes Mitglied des [Präsidiums des Bundesverband der Deutschen Industrie \(BDI\)](#)

Quelle: ^[3]

Präsidium und Vorstand

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Tochtergesellschaften

Institut der deutschen Wirtschaft Köln Junior gGmbH

Das Institut hat sich auf die Ansprache junger Zielgruppen spezialisiert Dazu gehören. Schülerprojekte und Informationen über die Möglichkeiten der beruflichen Selbstständigkeit.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (IW Consult GmbH)

Die IW Consult GmbH ist als Beratungsdienstleister tätig, der strategische Lösungen für Unternehmen, Regionen, Verbände, Ministerien und Stiftungen entwickelt. Die Bereiche Research, Empirie und eBusiness führen Forschungs- und Auftragsprojekte durch. Zudem fungiert die IW Consult GmbH als Geschäftsstelle der eCI@ss e.V. Sie richtet ihre Angebote an Unternehmen, Verbände, Ministerien und Stiftungen. Für die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) erstellt sie Reformbarometer, Rankings, Monitore und den Deutschland-Check.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH (IW Medien)

Die IW Medien begleitet Partner und Kunden aus Wirtschaft und Verbänden bei deren öffentlichen Auftritten mit ihrer Medien- und Zielgruppenkompetenz. Weiterhin bietet sie mit eigenen Medienplattformen wie dem Informationsdienst iwd oder der Wirtschaftszeitung AKTIV Zugänge zu wichtigen Entscheidern und zu einem

Millionenpublikum. Die Zeitung AKTIV soll Arbeitnehmern wirtschaftliche Zusammenhänge aus der Sicht der Arbeitgeber nahebringen. Darüber hinaus kommuniziert die IW Medien unter dem Motto „Werben für die Marktwirtschaft“ die Forschungsergebnisse des IW zu aktuellen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen gezielt an wichtige Multiplikatoren. In diesem Zusammenhang werden Lehrern für das Unterrichtsfach Wirtschaft Bücher und Broschüren angeboten, die die Wirtschaft erklären. Die IW Medien veröffentlicht zudem alle Schriften und Publikationsreihen des Instituts

Tochtergesellschaften der IW Medien sind die Kölner Universitätsverlag GmbH (KUV) und die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), die vom Arbeitgeberverband [Gesamtmetall](#) finanziert wird.^[4]

Finanzen

Kurzdarstellung und Geschichte

Das 1951 als Deutsches Industrie-Institut (DI) gegründete IW wird von Verbänden und Unternehmen der privaten Wirtschaft finanziert. Trägervereine sind die [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) und der [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI). Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln versteht sich als Think-Tank und Service-Einrichtung für seine Mitglieder und Kunden über das gesamte Spektrum von Wissenschaft, Bildung, Beratung und Kommunikation. Forschungsergebnisse sollen direkt in praktische Projekte und Dienstleistungen umgesetzt werden. Im Zentrum der Tätigkeit steht das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln, das die wissenschaftlichen Ergebnisse produziert, die Fakten recherchiert und die Informationen aufbereitet, mit denen das IW in der Öffentlichkeit präsent ist. Im Institut entstehen die grundsätzlichen Konzepte und Argumentationslinien, die dann in publizistische Produkte umgesetzt und vermarktet werden. Dies ist Aufgabe der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Consult GmbH (IW Consult GmbH), die wissenschaftliche Beratungs- und Dienstleistungen erbringt, sowie der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH (IW Medien GmbH), in der die publizistischen Aktivitäten und das PR-Angebot gebündelt sind. Als Impuls für die wissenschaftliche Forschung wird das Eintreten für freies Unternehmertum, Wettbewerb und offene Märkte angegeben.

1990 ist das Berliner Büro (Hauptstadtbüro) eröffnet worden, das als Repräsentanz in der Bundeshauptstadt dient. Das Hauptstadtbüro sichert die Verbindung des Instituts mit den Schaltstellen der Bundespolitik zusätzlich ab. Die Mitarbeiter fungieren vor Ort als Ansprechpartner für Politiker, Verbandsvertreter und Journalisten, und sie vertreten die Position des IW Köln in der wirtschaftspolitischen Debatte in Berlin. Zweimal im Jahr finden zudem die "Berliner Gespräche" statt, die sich vorrangig an Bundestagsabgeordnete sowie Mitarbeiter von Ministerien, Fraktionen, Landesvertretungen und Verbänden richten. Außerdem organisiert das IW Köln regelmäßige wirtschaftspolitische Gesprächsrunden für junge Abgeordnete, den "Wirtschaftspolitischen Club"

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Die "INSM-Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH" ist eine Tochter der Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH. Siehe den Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2017, www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 23.05.2019
2. ↑ Bundesministerium des Inneren: Sechster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01.07.2010- 31.12.2010, Stand: 21.03.2011
3. ↑ [Personen](#), iwkoeln.de, abgerufen am 04.03.2023
4. ↑ Siehe den Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2017, www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 23.05.2019

Wirtschaftsforum der FDP

Das **Wirtschaftsforum der FDP** wurde im Januar 2016 gegründet. Hinter der Initiative steht nach Angaben des manager magazins die Unternehmerin und FDP-Politikerin [Marie-Christine Ostermann](#), die Kuratoriumsmitglied der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) und Mitglied des Strategischen Beirats von [Die Familienunternehmer - ASU](#) ist.^[1] Zu den Mitgliedern zählen hohe Funktionsträger der einflussreichen Arbeitgeber-Lobbyorganisationen [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) und [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM). Mitglieder sind etwa BDA-Präsident [Ingo Kramer](#) und der INSM- Kuratoriumsvorsitzende [Wolfgang Clement](#) sowie die INSM-Botschafter [Karl-Heinz Paqué](#), [Randolf Rodenstock](#) und [Jürgen Stark](#). Letzterer ist, wie das Mitglied Thomas Buberl (Aufsichtsratsvorsitzender des Axa-Konzerns), Kuratoriumsmitglied der [Bertelsmann Stiftung](#), die Reforminitiativen im Sinne der Arbeitgeber entwickelt.

Das [FDP-Wirtschaftsforum](#) sollte die [FDP-Spitze](#) beraten und unterstützen.^[2] In einem Thesenpapier wurde gefordert, dass der Markt wieder ordnungspolitischen Vorrang vor staatlicher Regulierung und Transferpolitik bekommen solle.^[3] Ziel sei ein Staat, der die Eigenverantwortung der Menschen stärkt und mit Bildung, Forschung, Infrastruktur und Sicherheit die Voraussetzungen schafft.^[4] Konkret wurden u.a. einheitliche Steuersätze bei der Einkommens- und Mehrwertsteuer vorgeschlagen, außerdem bundesweit geltende Bildungsstandards sowie mehr Investitionen in Infrastruktur und IT-Verwaltung.^[5]

Im [Geschäftsbericht der FDP 2017-2019](#) wurde ausgeführt: „Unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Ludwig Georg Braun, dem FDP-Bundesvorsitzenden Christian Lindner sowie dem Bundesschatzmeister Hermann Otto Solms hat das Wirtschaftsforum im Berichtszeitraum insgesamt achtmal getagt. Aktuell zählt das FDP-Wirtschaftsforum 134 Mitglieder. Das Wirtschaftsforum berät die Parteiführung in wirtschaftspolitischen Fragestellungen. [...] Im Wirtschaftsforum werden aktuelle politische Themen wie beste Bildung, einfache Unternehmensgründungen, leistungsfähige Infrastruktur oder ein wettbewerbsfähiges Steuerrecht diskutiert. Dabei bringen die einzelnen Mitglieder durch Impulsvorträge ihre Ideen ein.“ Im Geschäftsbericht 2019-2021 werden keine Angaben mehr zum Wirtschaftsforum gemacht.

Es ist unklar, ob es das Wirtschaftsforum noch gibt. Auf wiederholte Anfrage im Jahr 2022 bestätigte die FDP weder die fortdauernde Existenz noch die Auflösung des Wirtschaftsforums der FDP.

Mitglieder

Die Mitglieder des Wirtschaftsforums wurden im Januar 2016 in der Parteizeitung der FDP *Liberale Depesche* veröffentlicht^[6] und waren zeitweise auf der Webseite der FDP abrufbar^[7]. Zu ihnen gehören/gehörten u.a.:

- **Jürgen Behrend**, persönlich haftender Gesellschafter der Hella KGaA Hueck & Co.
- **Josef Beutelmann**, Aufsichtsratsvorsitzender der Barmenia Versicherung, ehem. Vizepräsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände BDA](#)
- **Ralph Brand**, ehem. Deutschland-Chef der Zurich-Versicherung
- **Ludwig Georg Braun**, ehem. Vorstandsvorsitzender der B. Braun Melsungen AG und Ehrenpräsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertags, Gesellschafter (Kurator) der [FAZIT-STIFTUNG](#)
- **Thomas Buberl**, Aufsichtsratsvorsitzender des Axa-Konzerns, Kuratoriumsmitglied der [Bertelsmann Stiftung](#)
- **Bernd Buchholz**, Of Counsel der Anwaltskanzlei CausaConcilio, ehem. Vorstandsvorsitzender der Gruner + Jahr AG, Mitglied der FDP
- **Wolfgang Clement**, Lobbyist, u.a. Kuratoriumsvorsitzender der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#), ehem. SPD-Politiker, ehem. Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
- **Eckhard Cordes**, Partner bei EMERAM Capital Partners GmbH, Aufsichtsratsvorsitzender von Bilfinger SE, ehem. Vorstandsvorsitzender der Metro AG, Mitglied der FDP
- **Detlef Dinsel**, Managing Director bei IK Investments Partners
- **Andreas Eckert**, Gründer und Geschäftsführer Gesellschafter der Eckert Life Science Accelerator GmbH
- **Leonhard Fischer**, Direktor und CEO von BHF Kleinwort Benson
- **Philipp Freise**, Head of European Media & Digital Investments bei Kolberg Kravis Roberts & Co. Partners LLP
- **Hans Michael Gaul**, Mitglied des Aufsichtsrats der Siemens AG, ehem. Vorstand von E.ON und VEBA
- **Magnus Graf Lambsdorff**, Berater bei Egon Zehnder International, Stellv. Landesvorsitzender der FDP in Hamburg
- **Benjamin Grosch**, Partner und Managing Director bei der Boston Consulting Group
- **Margarete Haase**, Vorstandsmitglied der Deutz AG, Vorstandsvorsitzende Arbeitgeberverband kölnmetall
- **Jürgen Hambrecht**, Aufsichtsratsvorsitzender der BASF, Mitglied der FDP
- **Justus Haucap**, Direktor des [Düsseldorf Institute for Competition Economics \(DICE\)](#), u.a. Präsident von [ECONWATCH](#), Kuratoriumsmitglied von [Prometheus](#) und Mitglied "Kronberger Kreis" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- **Thomas Hegel**, Vorstandsvorsitzender des Wohnungsbaunternehmens LEG Immobilien AG

- **Lutz Helmig**, Milliardär, Gründer der Anton GmbH und der Helios-Kliniken, Großspender der FDP^[8]
- **Jürgen Heraeus**, Aufsichtsratsvorsitzender der Heraeus Holding GmbH, Kuratoriumsmitglied [Liberales Netzwerk](#), ehem. Präsidiumsmitglied [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI)
- **Ingmar Hoerr**, Mitbegründer und Vorstandsvorsitzender der CuroVac AG
- **Michael Hoffmann-Becking**, Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Universität Bonn, Partner der Societät [Hengeler Mueller](#), Mitglied des Fördervereins der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), Gesellschafter (Kurator) der [FAZIT-STIFTUNG](#)
- **Gerd Kerkhoff**, Unternehmensberater, Geschäftsführer der Kerkhoff Group
- **Fabian Kienbaum**, Geschäftsführender Gesellschafter der Kienbaum-Unternehmensgruppe
- **Jochen Kienbaum**, Vorsitzender der Geschäftsführung der Kienbaum Consultants International GmbH, Kuratoriumsmitglied von [Liberales Netzwerk](#)
- **Ingo Kramer**, Geschäftsführender Gesellschafter der J. Heinr. Kramer Holding GmbH, Präsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA)
- **Hans Georg Näder**, Milliardär, Geschäftsführender Gesellschafter der Otto-Bock-Firmengruppe, wirtschaftspolitischer Berater des FDP-Vorsitzenden [Christian Lindner](#)^[9]
- **René Obermann**, Managing Director und Partner beim US-Finanzinvestor Warburg Pincus, ehem. Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom
- **Roland Oetker**, Aufsichtsratsmitglied Deutsche Post DHL, Gründer und geschäftsführender Gesellschafter der ROI Verwaltungsgesellschaft mbH
- **Karl-Heinz Paqué**, Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, u.a. Stellv. Vorsitzender des Vorstands der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- **Andreas Pinkwart**, Rektor der HHL Leipzig Graduate School of Management, Kuratoriumsmitglied der Universität Siegen, Senator der Politik von [Wir Eigentümerunternehmer](#), ehem. Landesvorsitzender der FDP NRW, ehem. Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie des Landes NRW
- **Randolf Rodenstock**, Geschäftsführender Gesellschafter der Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG, u.a. Vizepräsident des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), ehem. Mitglied des Präsidiums der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA), seit 2014 Mitglied der FDP
- **Helga Rübsamen-Schaeff**, Vorsitzende des Scientific Advisory Board der AiCuris GmbH & Co. KG sowie Mitglied diverser Aufsichts-, Gesellschafter - und Forschungsräte
- **Gisbert Rühl**, Vorstandsvorsitzender der Klöckner & Co. SE
- **Peer M. Schatz**, Vorstandsvorsitzender von QIAGEN N.V.
- **Erhard Schipporeit**, Mitglied des Aufsichtsrats in diversen Unternehmen, ehem. Vorstandsmitglied von E.ON

- [Andreas Schmitz](#), Vorsitzender des Aufsichtsrats von HSBC Trinkaus & Burkhardt AG
- [Jens Schumann](#), stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der LOTTO24 AG
- [Jürgen Stark](#), Botschafter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#), Kuratoriumsmitglied der [Bertelsmann Stiftung](#) und der [Stiftung Ordnungspolitik](#) (Träger des [Centrum für Europäische Politik](#)), ehem. Direktoriumsmitglied [Europäische Zentralbank \(EZB\)](#)
- [Werner Wenning](#), Aufsichtsratsvorsitzender Bayer AG
- [Andreas Wiele](#), Vorstandsmitglied [Axel Springer AG](#)
- [Peter Wolf](#), Gründer und Partner von Wolf Partners Management und Technolgy Consultants
- [Reinhard Christian Zinkann \(junior\)](#), geschäftsführender Gesellschafter von Miele & Cie. KG, Mitglied des Strategischen Beirats von [Die Familienunternehmer - ASU](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Marie-Christine Ostermann schleust Top-Manager zur FDP](#), 30.04.2015, [manager-magazin.de](#), abgerufen am 09.02.2017
2. ↑ [Wahlkampfhilfe für FDP Lindners neuer Club](#), Bild online vom 25.01.2016, abgerufen am 06.04.2016
3. ↑ [Thesenpapier FDP-Wirtschaftsforum](#), [fdp.de](#), abgerufen am 09.02.2017
4. ↑ [Wirtschaftsforum: FDP bekommt offizielle Unternehmerlobby](#), Spiegel online vom 26.01.2016, abgerufen am 09.04.2016
5. ↑ [Gastbeitrag des Wirtschaftsforums: Zurück in die Zukunft](#), [fdp.de](#) vom 07.03.2016, abgerufen am 09.04.2016
6. ↑ [Mitglieder des FDP-Wirtschaftsforums](#), Liberale Depesche 01/2016, S. 11, abgerufen am 05.04.2016
7. ↑ [Wirtschaftsforum](#), [fdp.de](#), abgerufen am 09.02.2017
8. ↑ [Vogelsberger Milliardär Helmig spendet 200.000 Euro an die FDP](#), Fuldaer Zeitung online vom 27. 11. 2015, abgerufen am 08. 04. 2016
9. ↑ [Nadine Eckermann: Wechsel zur FDP Ottobock-Chef Näder tritt aus der CDU aus](#), Hannoversche Allgemeine online vom 29. 10. 2015, abgerufen am 08. 04. 2016

Bundesverband der Deutschen Industrie

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

Der **Bundesverband der Deutschen Industrie** ist der Spitzenverband der deutschen Industrieunternehmen, der Verband der Industrieverbände. Mit den zahlreichen Unternehmen im Hintergrund und einer großen Nähe zu den Entscheidern in der Bundesrepublik übt er großen Einfluß auf die deutsche Politik aus. 2021 lagen die Erträge des BDI bei 27,3 Mio. Euro, wovon 26,6 Mio. Euro auf Beitragseinnahmen entfielen.^[1] Der BDI wird außerdem vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. finanziell unterstützt, der im Präsidium des BDI vertreten ist.

BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.



Rechtsform eingetragener Verein

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der deutschen Gesamtindustrie

h

Gründungsdatum 19. Oktober 1949

Hauptsitz Haus der Deutschen Wirtschaft, Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro EU BDI/BDA The German Business Representation, Rue du Commerce 31, 1000 Brüssel

Webadresse bdi.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	40
1.1 Allgemeines	40
1.2 Förderkreis der Deutschen Industrie	40
1.3 Ausgewählte Mitgliedschaften	41
1.4 Public Private Partnership (PPP)	41
2 Fallstudien und Kritik	41
2.1 2022-25 Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)	41
2.2 2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht	43
2.3 2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	43
2.4 2020: Corona-Pandemie als Vorwand	45
2.5 2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	45
2.6 2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien	45
2.7 2011: BDI erhält Steuergelder	45
2.8 2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf	45
2.9 2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist	46
2.10 Lobbyisten in Ministerien	46
2.11 Bundesbeamte beim BDI	47
2.12 Seitenwechsel	47
3 Organisationsstruktur und Personal	48
3.1 Das Präsidium	48
3.2 Der Vorstand	48
3.3 Die Hauptgeschäftsführung	48
3.4 Mitgliedsverbände	49

3.5 Landesvertretungen	49
4 Geschichte	49
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	50
6 Einzelnachweise	50

Lobbystrategien und Einfluss

Allgemeines

In seiner Selbstdarstellung heißt es: "Der BDI transportiert die Interessen der deutschen Industrie an die politisch Verantwortlichen. Er repräsentiert die politischen Interessen von über 100 000 Unternehmen mit gut acht Millionen Beschäftigten gegenüber Politik und Öffentlichkeit."^[2]

Der BDI gilt als wichtigste Lobbyvertretung der Branchen, wenn es um zentrale wirtschafts- und steuerpolitische Entscheidungen geht. Aufgrund der vielschichtigen Branchen innerhalb äußert sich der BDI häufig nur zu allgemeinen Punkten der Wirtschaftspolitik. Große Unternehmen versuchen ihn gleichzeitig in eigener Sache zu beeinflussen und ihn als Lobbyisten voranzuschicken.^[3]

Ludolf von Wartenberg, früherer BDI-Hauptgeschäftsführer :

"Sobald uns unsere Leute warnen und wir merken, dass etwas Größeres entsteht, informieren wir die Mitspieler in den Unternehmen. Wir formulieren in Abstimmung mit den Unternehmen die Auswirkungen für die Wirtschaft und setzen uns mit den Spitzen der Koalition oder dem federführenden Minister in Verbindung. Manchmal kann man auf diesem Weg ganz elegant eine Rakete entschärfen. Dieser ganze Prozess findet noch außerhalb der Öffentlichkeit statt - das wäre dann erst der nächste Schritt."

Gespräch mit Ludolf von Wartenberg am 14.01.2005, zitiert in:^[4]

Förderkreis der Deutschen Industrie

Der BDI wird vom Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. unterstützt, der 1974 gegründet wurde und über 80 Unternehmen zu seinen Mitgliedern zählt.^[5] Der Verein fördert den Dialog mit Politikern und wendet sich aktiv sowohl an neu gewählte Abgeordnete als auch an die Vertreter von Regierung und Opposition. Mit seinen Mitteln unterstützt der Förderkreis darüber hinaus die wissenschaftliche Arbeit wirtschaftsnaher Einrichtungen, wie z.B. das [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\)](#), das Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) sowie die Baden-Badener Unternehmerversprache (BBUG). Der Vorsitzende des Förderkreises ist kraft Amtes Präsidiumsmitglied des BDI. Vorsitzender des Förderkreises ist laut Eintrag im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg Markus Krebber, Vorstandsvorsitzender der [RWE](#) (Stand: 27.02.2023). Geschäftsführer ist Thomas Veit, Abteilungsleiter Finanzen, Mitglieder und zentrale Dienste beim BDI.^[6]

Der Förderkreis, dessen Zweck laut [Satzung](#) die nachhaltige Förderung der gesamtindustriellen Belange ist, hat sich nicht ins Lobbyregister eingetragen. In einem Brief an die Mitglieder des Förderkreises fordert dessen Geschäftsführer die Mitglieder auf, ihre Beiträge explizit nicht als Aufwendung im Sinne des Lobbyregistergesetzes abzurechnen.^[7] LobbyControl geht dagegen von einer Eintragungspflicht ins Lobbyregister aus.^[8]

Ausgewählte Mitgliedschaften

Der BDI ist u. a. Mitglied der folgenden [Organisationen](#):

- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#). Diese bringt Wirtschaftsverbände, Unternehmen und einzelne Personen mit Abgeordneten - insbesondere Mitglieder von Bundestagsausschüssen - zusammen und ermöglicht damit die informelle Einflussnahme auf die Gesetzgebung. Der Stellv. Vorsitzende der Lobbyorganisation, Ludolf von Wartenberg, war Hauptgeschäftsführer des BDI.
- [Institut Finanzen und Steuern](#) (IFST). Monika Wünnemann, Abteilungsleiterin „Steuern und Finanzpolitik“, ist Mitglied des IFST-Vorstands, der ehem. Hauptgeschäftsführer Ludolf von Wartenbergs ist Vorsitzender des IFST-Kuratoriums
- Wirtschafts- und steuerrechtliche Vereinigung
- Gesellschaft zur Förderung des [Energiewirtschaftliches Institut](#) (EWI)
- Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft
- Wirtschaftspolitischer Club Deutschland
- Forum Zukunftsenergien
- Deutsche Gesellschaft für Gesetzgebung
- [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Bündnis "Zukunft der Industrie"
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
- Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München
- Gesellschaft zur Förderung des [Energiewirtschaftliches Institut](#) (EWI)
- Förderverein des Instituts für das Recht der Wasser- und Entsorgungswirtschaft an der Universität Bonn
- [Forum Luft- und Raumfahrt](#)
- [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#)
- [Pro Mobilität](#)
- Zentralverband der deutschen Werbewirtschaft
- Stifterverband

Public Private Partnership (PPP)

Der BDI hatte einen Vertreter, Hauptgeschäftsführer [Markus Kerber](#), in der sog. [Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland](#). Diese Expertenkommission bestand 2014-2015 und hat den Zweck private Investitionen in die öffentliche Infrastruktur ([Public Private Partnership](#) (PPP)) zu fördern.

Fallstudien und Kritik

2022-25 Lobbytätigkeit zum geplanten Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG)

Im Koalitionsvertrag beschloss die Ampelregierung, ein Rüstungsexportkontrollgesetz (REKG) erarbeiten zu wollen. Ziel des REKGs war es laut Wirtschaftsministerium (BMWK), die „restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung erstmals ausdrücklich gesetzlich“ festzuschreiben und verschiedene existierende Regeln und Richtlinien zu vereinheitlichen^[9]. Das Gesetz sollte auch Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit mehr Gewicht verleihen, sowie die europäische Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich stärken.

Am 14.10.2022 veröffentlichte das BMWK ein [Eckpunktepapier](#) für das REKG. Wesentliche Regelungsvorschläge waren:

- Schaffen eines verbindlichen Kriterienkatalogs für Rüstungsexportentscheidungen
- Erweiterung des Menschenrechtskriteriums
- Stärkung der Zusammenarbeit mit europäischen Partnerländern
- Ausweitung der Überwachung des Endverbleibs exportierter Rüstungsgüter durch Post-Shipment-Kontrollen und Einrichtung einer zugehörigen Meldestelle im Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)
- Umstellung der bisherigen zweifachen Genehmigungserfordernis bei der Ausfuhr von Kriegswaffen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz und dem Außenwirtschaftsgesetz auf ein Verfahren
- Erhöhte Transparenz, z.B. durch die Einführung einer recherchierbaren Datenbank
- Bekämpfung von Korruption
- Beschleunigte Verfahren durch mehr Personal und Sachmittel für das BAFA

Während der Ausarbeitung des REKGs im Wirtschaftsministerium fanden mehrere Konsultationen mit Vertreter*innen der Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft statt^[10]. Basierend auf den Stellungnahmen dieser Akteure fanden Ende November 2022 zwei Fachgespräche statt. Vertreten waren dort unter anderen Rheinmetall, Airbus, Thyssenkrupp, der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), die IG Metall, Amnesty International und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (DGAP). Die komplette Liste der Teilnehmenden ist [hier](#) einsehbar.

Die Entscheidung, durch das REKG eine restriktive Exportpolitik gesetzlich festzuschreiben, war von Zivilgesellschaft und Wissenschaft begrüßt worden. Dennoch kritisierten zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und auch wissenschaftliche Institute wie das Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) das REKG-Eckpunktepapier als unzureichend, vor allem in Bezug auf das fehlende Verbandsklagerecht.^{[11][12][13]} Der BDI sprach sich von Anfang an großteils gegen das REKG aus.

Der BDI wollte das REKG von Anfang an verhindern. In einem Fachgespräch mit dem BMWK und Vertretern der Rüstungsindustrie im April 2022 verkündete BDI-Lobbyistin Kerstin Petretto, vor dem Hintergrund der Zeitenwende in der europäischen Sicherheitspolitik sollte „zumindest die Aussetzung des Gesetzesvorhabens in Erwägung gezogen werden“.^[14]

Im November 2022 bezog der BDI gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI) und dem Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) Stellung zum Eckpunkteentwurf des Wirtschaftsministeriums.^[15] Ein zentraler Punkt für die Verbände war dabei die Abstimmung der Kriterien für Exportentscheidungen mit europäischen Partnern. Andernfalls riskiere man eine Wettbewerbsverzerrung zulasten der deutschen Unternehmen. Dementsprechend kritisierten die Autor*innen auch den Eckpunkt, Post-Shipment-Kontrollen auszuweiten. Des Weiteren müssten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bei einer Ausweitung der Transparenz geschützt und Risiken für Rüstungskonzerne durch Entschädigungsansprüche minimiert werden. In Bezug auf die Stärkung des Menschenrechtskriteriums im REKG, forderten BDI, BDLI und BDSV rechtssichere Definitionen. Es müsse ein Bezug zwischen exportiertem Gut und konkreter Menschenrechtsverletzung bestehen.

In den Konsultationen zum REKG wiederholte Vertreter Matthias Wachter die BDI-Forderungen nach Entschädigungsansprüchen und befürwortete eine beschleunigte Bearbeitung von Genehmigungsanträgen.^[16]

Neben dem BDI lobbyierten unter anderem die folgenden Konzerne und Verbände gegen das REKG und eine restriktive Rüstungsexportpolitik: Airbus, Rheinmetall, der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) und der Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI).

Mit dem vorzeitigen Bruch der Ampel-Koalition, verkündete die Bundesregierung im Februar 2025, man werde das geplante REKG in der verkürzten Legislaturperiode nicht weiterverfolgen.^[17]

2022-23 Ablehnung des Entflechtungsinstruments zur Bekämpfung von Monopolmacht

Ein Entwurf des Bundeswirtschaftsunternehmens zur Verschärfung des Kartellrechts, das die Möglichkeit einer Entflechtung von marktmächtigen Unternehmen vorsieht^[18], wird vom BDI in einer Stellungnahme als „fatales Signal für De-Investitionen und De-Industrialisierung“ diffamiert.^[19] Nach Auffassung von LobbyControl bedeutet die Initiative genau das Gegenteil: „Mit der Schärfung der Instrumente zur Bekämpfung von Monopolmacht bekommen Innovation und Investition künftig bessere Chancen. Denjenigen, die etwas wagen und nicht ihre Märkte abschotten, wird der Rücken gestärkt.“^[20]

2020-24: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Im Januar 2024 übte BDI-Präsident Russwurm deutlich Kritik am Lieferkettengesetz, das noch vom EU-Parlament bestätigt werden muss. Das Gesetz enthalte „komplett wirklichkeitsfremde Vorstellungen“.^[21]

Im Dezember 2023 einigten sich die Europäische Kommission, das Parlament und der Ministerrat nach 2-jährigen Verhandlungen auf ein europäisches Lieferkettengesetz, das Unternehmen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards verpflichtet. Dazu äußerte sich BDI-Hauptgeschäftsführerin Tanja Gönner: „Der politische Kompromiss im Trilog-Verfahren bedroht Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Diversifizierung der europäischen Wirtschaft. Der BDI appelliert an Parlament und Rat, den Kompromiss abzulehnen“^[22]

Bei der Debatte um unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten hatte der BDI sich auf vielfältige Weise gegen eine gesetzliche Regelung auf nationaler und europäischer Ebene eingesetzt.^[23]

Deutsches Lieferkettengesetz

Positionierung:

In öffentlichen Stellungnahmen kritisierte der BDI das Gesetzesvorhaben als zu weitreichend und wirtschaftsfeindlich. Insbesondere setzte der Verband sich dafür ein, die ursprünglich vorgesehene Tragweite des Gesetzes (= Ausmaß der betroffenen Unternehmen und der Grad der Verantwortlichkeit) zu begrenzen sowie Maßnahmen wie die zivilrechtliche Haftung ganz aus dem Gesetz zu streichen.^[24]

Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“.^[25] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „wirkungslos“.^[25]

Lobbyarbeit:

Wie der Bericht „Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten“ der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum zeigt, hatte der BDI „massiven Einfluss“ auf den deutschen Gesetzgebungsprozess geübt.^[26] So verschaffte sich der Verband Gehör in höchsten Regierungskreisen: bei einer Videokonferenz mit der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (4. November 2020) oder einem Telefonat mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (12.02.2021).^[27] Laut dem Bericht erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet.^[28] Auch die Initiative Lieferkettengesetz kritisierte, dass das Lobbybemühen des BDI maßgeblich dafür gesorgt hatte, das Niveau des deutschen Lieferkettengesetzes zu senken.^[29]

Neben Lobbytreffen nutzte der Verband auch Pressemitteilungen und direkte Stellungnahmen um seinen Positionen Gehör zu verschaffen. Den Referentenentwurf kritisierte der Verband damals als „dringend überarbeitungswürdig“.^[30] Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz mit Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein.^[31]

Auch als das deutsche Gesetz bereits beschlossen war, versuchte der Verband seine Umsetzung zu verhindern. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) des BDI mit dem BDA, HDE und dem DIHK forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft, was auch beinhaltete, dass das Lieferkettengesetz aufgeschoben werden sollte. Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Dem Argument, die Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde damals von führenden Ökonomen widersprochen.^[26]

Europäisches Lieferkettengesetz

Auch beim europäischen Lieferkettengesetz, das ambitioniertere Maßnahmen als sein deutsches Pendant geplant hatte, signalisierte der BDI Widerstand. In einer Pressemitteilung vom 15.12.2021 kritisierte der Verband insbesondere den Gesetzesaufschlag vom europäischen Parlament als viel zu weitreichend.^[32] Noch im Juli 2020 hatte der Seitenwechsler und BDI-Geschäftsführer Joachim Lang das deutsche Gesetz als „nationalen Sonderweg“ kritisiert und darauf verwiesen, dass es daher eine europäische Lösung bräuchte. Unveröffentlichte Lobbybriefe, die Misereor und Global Policy Forum vorliegen, sollen zeigen, dass das Argument schon damals nur ein Vorwand gewesen sei, um ein deutsches Gesetz zu verhindern.^[28]

Dies deckt sich mit der Antwort des Verbands beim Konsultationsverfahren der EU-Kommission zu der Frage, ob ein europäisches Gesetz überhaupt notwendig sei. Laut dem BDI bestand damals kein Handlungsbedarf, seine Antwort lautete: „no action necessary“.^[28] Das Gesetzesvorhaben wurde dennoch weiter verfolgt. Einem Bericht von Corporate Europe Observatory zufolge, setzte sich der BDI im weiteren Gesetzgebungsverfahren mithilfe seines europäischen Dachverbandes BusinessEurope bei einem Meeting mit dem EU-Kommissar Breton für eine Begrenzung der Sorgfaltspflichten ein. Der Bericht zeigt auch, dass Europäische Dachverbände wie BusinessEurope gezielt Lobbyarbeit beim Ausschuss für Regulierungskontrolle (AfR) betrieben hatten. Sowohl die Positionen des EU-Kommissars Thierry Breton und die des AfR stehen dem Bericht zufolge denen der Wirtschaft nahe und boten somit bessere Einflussmöglichkeiten als andere Kanäle.^[33]

2020: Corona-Pandemie als Vorwand

Die Lobbyisten vieler Industriezweige verpacken alte Forderungen neu oder nutzen die Corona-Krise, um bereits getroffene Vereinbarungen infrage zu stellen, obwohl es in vielen Fällen keinen Zusammenhang mit dem Gesundheitsnotstand gibt. Darüber berichtet Corporate Europe Observatory:

In einem Schreiben an die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) gefordert, die Einführung einer Datenbank für gefährliche Chemikalien wegen der Corona-Krise zu verschieben. Die Datenbank soll mehr Transparenz für Verbraucher und Hersteller schaffen. Außerdem will der BDI das Verbot von Perfluorooctansäure (PFOA), einer extrem persistenten Chemikalie, aufschieben. Studien haben PFOA mit einigen Krebsarten in Verbindung gebracht, zum Beispiel mit Nieren- und Hodenkrebs. Dieses Verbot soll im Juli 2020 in Kraft treten. Das Verbot ist bereits seit fünf Jahren in Vorbereitung.^[34]

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDI, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben.^[35]

2015: Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Der BDI hat fehlerhafte Angaben auf seiner Homepage und in mehreren Publikationen zu TTIP zugegeben. Konkret hieß es auf der Homepage des BDI laut Spiegel online, „dass EU und USA jeweils mit rund 100 Mrd. Euro Wirtschaftswachstum pro Jahr rechnen können“^[36], dabei ging die CEPR-Untersuchung von einem Anstieg des europäischen BIP um ca. 0,5 Prozent in einem Zeitraum von 10 Jahren aus.

2011: BDI erhält Steuergelder

Der BDI und seine Mitgliedsverbände haben in den Jahren 2010 und 2011 insgesamt 17 Mal Fördermittel des Bundes in Höhe von insgesamt 4,3 Millionen Euro erhalten. Die Angaben stammen laut „Kölner Stadt-Anzeiger“ (Samstagsausgabe) aus einer Antwort des Staatssekretärs im **Bundeswirtschaftsministerium**, **Stefan Kapferer**, auf eine Anfrage des FDP-Bundestagsabgeordneten Heinz-Peter Haustein.^[37]

2011: Das Atommoratorium, Brüderle und Schnappauf

Der damalige Bundeswirtschaftsminister **Rainer Brüderle** (FDP) nahm am 14. März 2011 an einer Sitzung des BDI teil. Über solch ein Treffen wird Protokoll geführt. Die Süddeutsche Zeitung gelangte an das Sitzungsprotokoll und veröffentlichte die Äußerung Brüderles, wonach er die vorübergehende Abschaltung älterer Atomkraftwerke mit dem Wahlkampf in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz begründet hat.^[38] Die Sätze fielen an dem Tag, an dem Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) das Atommoratorium verkündete. Der Hauptgeschäftsführer des BDI, **Werner Schnappauf**, ist daraufhin zurückgetreten. Oppositionspolitiker Trittin meinte dazu: "Nun opfert der BDI für seinen Kumpel Rainer Brüderle den Hauptgeschäftsführer."^[39]

2006: Röttgen als Abgeordneter und BDI-Cheflobbyist

Lobbyisten in Ministerien



- [Überblick A-Z](#)
- [Problembeschreibung](#)

Der ehemalige Bundesumweltminister Norbert Röttgen ließ sich im Mai 2006 für das BDI-Amt des Hauptgeschäftsführers, des Cheflobbyisten der deutschen Industrie, nominieren. Bundestagsabgeordneter wollte er parallel dazu bleiben. In einem Schreiben an die CDU-Mitglieder seines Wahlkreises Rhein-Sieg kündigte er an, er werde sein Mandat "selbstverständlich bis zum Ende dieser Wahlperiode weiterführen". Nach heftiger Kritik an seiner geplanten Doppelfunktion, auch aus den Reihen des Industrieverbandes, hatte Röttgen auf den BDI-Posten verzichtet.^[40]

Lobbyisten in Ministerien

Der BDI hatte je einen "externen Mitarbeiter" im Außen- und Wirtschaftsministerium, wobei der Lobbyist im Außenministerium offiziell noch bis zum 30.09.2011 bei der Außenwirtschaftsförderung mitarbeitet. Seit September 2010 ist im Rahmen eines Austauschprogrammes ein Referent des BDI im Entwicklungsministerium tätig.

Lobbyisten im Auswärtigen Amt

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[41]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	k.A.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008 ^[42]
Mitarbeiter	Bis 2004 von der Bayer AG; 2004 bis 2006 Siemens AG; Ab 2007 VW AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Peking.
Zeitraum	Mindestens von 2003 bis April 2008 ^[43]
Mitarbeiter	Bis 2005 Deutschen Telekom AG; 2005 bis 2006 Deutsche Bank AG; Ab 2007 Lufthansa AG.
Bearbeitete Themen	Je ein/e IndustriereferentIn an der deutschen Botschaft in Tokio.
Zeitraum	01.10.2009 bis 30.09.2011 ^[44]
Mitarbeiter	Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit im BDI
Bearbeitete Themen	Referat 402 (Instrumente der Außenwirtschaftsförderung, Verbände, Kammern, Bundesagentur für Außenwirtschaft, Messen), Investitionsgarantien, Außenwirtschaftsförderung, Öffentlichkeitsarbeit
Zeitraum	01.10.2011 bis 30.09.2013 ^{[45][46]}

Mitarbeiter	Referent in der Abteilung Umwelt und Technik im BDI
Bearbeitete Themen	Investitionsgarantien, Organisation von Projekten der Außenwirtschaftsförderung und der strukturellen Verbesserung der Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden

Im Zuge eines **Austauschprogrammes** waren Beamte des Auswärtigen Amtes beim BDI beschäftigt.

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	01.01.2008 - 31.03.2008 ^[47]
Mitarbeiter	Mitarbeiter/in im Bereich Nationales Vergaberecht
Bearbeitete Themen	Einsatz im Bereich Wettbewerbs-, Regulierungs- und Privatisierungspolitik, Tätigkeit im Bereich Wettbewerbsrecht

Lobbyisten im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Zeitraum	15.09.2010 - 14.09.2012 ^{[48][46]}
Mitarbeiter	Teilnehmer des Austauschprogramms zwischen BMZ und BDI (s.u.) Einsatz im Referat 414 (OECD/DAC, G7/G8/G20; Zusammenarbeit mit anderen Gebern; ODA-Statistik) Mitarbeit im Bereich „G8/G20 und andere Geber“,
Bearbeitete Themen	Unterstützung bei Erstellung von BMZ-Positionen ^[49] Auf eine kleine Anfrage der Linken wurde letzteres abgeschwächt auf "Er unterstützt [...] vorwiegend dabei, die Erstellung des diesjährigen G8 Accountability-Berichts innerhalb des BMZ zu koordinieren und die Sitzungen der G20 Arbeitsgruppe Entwicklung vorzubereiten" ^[48]
Zeitraum	April 2011 - voraussichtlich März 2013 ^[50]
Mitarbeiter	Ein sogenannter Austauschreferent vom BDI Der Mitarbeiter des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) Ralf Retter ist laut einer Veranstaltungsankündigung vom April 2011 als BMZ-Referent für die Vorbereitung von G-8-, G-20- und Sherpa-Treffen verantwortlich. Bei drei Sitzungen der G-8-Arbeitsgruppe Rechenschaftslegung vertrat der BDI-Mitarbeiter sogar eigenständig einen Referatsleiter des BMZ. Beim Ministerium heißt es, der BDI-Mitarbeiter treffe "keine eigenständigen Entscheidungen" und unterstütze "lediglich die Arbeit der Fachreferenten des BMZ".
Bearbeitete Themen	

Bundesbeamte beim BDI

Ein Mitarbeiter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wurde mindestens für den Zeitraum von Juni 2006 bis Oktober 2007^[51], und von September 2010 bis September 2012 dem BDI zugewiesen.^[52]

Seitenwechsel

David Kristen, Büroleiter von Michael Müller, SPD (MdB, ehem. Regierender Bürgermeister von Berlin) wird Referent für Strategische Planung und Koordination beim BDI.^[53]

Organisationsstruktur und Personal

Das Präsidium

Das **Präsidium** besteht aus dem Präsidenten, seinem gewählten Nachfolger, seinem unmittelbaren Vorgänger sowie 7 weiteren Stellvertretern und der Schatzmeisterin (Vizepräsidenten), ferner 15 vom Vorstand zu wählenden Mitgliedern. Weitere Mitglieder kraft Amtes sind der Vorsitzende des Förderkreises der Deutschen Industrie e.V., der Präsident des **Instituts der deutschen Wirtschaft** und der Vorsitzende des BDI-Mittelstandsausschusses. Das Präsidium kann bis zu 25 weitere hervorragende Persönlichkeiten der Industrie als Präsidiumsmitglieder hinzuwählen, ferner sind durch die Satzung gegenseitige Vertreter im Präsidium des BDI und der **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA) vorgesehen. Das Präsidium kann auf Vorschlag des Präsidenten die BDI-Hauptgeschäftsführerin für die Dauer ihrer Tätigkeit hinzuwählen. Ständige Gäste im Präsidium sind die Präsidenten/Vorsitzenden der BDI-Landesvertretungen, die kooptierten Vorstandsmitglieder des Förderkreises der Deutschen Industrie, die BDI-Rechnungsprüfer, die Vorsitzenden der BDI-nahen Initiativen econsense – Forum Nachhaltige Entwicklung der Deutschen Wirtschaft, Forschungsinstitut für Wirtschaftsverfassung und Wettbewerb (FIW) und German Health Alliance (GHA), der Präsident und der Hauptgeschäftsführer der **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA), der Präsident des **Deutschen Industrie- und Handelskammertag** (DIHK), der Direktor des **Instituts der deutschen Wirtschaft** sowie die Vorsitzenden der folgenden BDI-Regionalinitiativen: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA), Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA), Subsahara Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI), Lateinamerika-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (LADW) und Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI).

Der Vorstand

Der **Vorstand** besteht aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten sowie den Vorsitzenden der Mitgliedsverbände bzw. einem beauftragten Vorstandsmitglied ihres Verbandes.

Die Hauptgeschäftsführung

Der Hauptgeschäftsführer ist der Chef-Lobbyist des Verbandes.

Funktion	Name
Hauptgeschäftsführerin	Tanja Gönne Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung, 2012-2022 Vorstandssprecherin der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), davor Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Baden-Württemberg (CDU)

Stellv.

Hauptgeschäftsführer
Holger Löscher

Quelle: ^[54] (Stand: 02/2023)

Mitgliedsverbände

Mitglieder im BDI sind Wirtschaftsverbände, die Spitzenvertretung einer gesamten Industriebranche oder industrienahen Dienstleistungsgruppe für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sind. Der BDI vertritt derzeit 39 Branchenverbände, inklusive einer Arbeitsgemeinschaft bestehend aus 6 Verbänden, die sich die Mitgliedschaft teilen. Über Aufnahmeanträge entscheidet der Vorstand. Eine unmittelbare Mitgliedschaft von Unternehmen ist nicht möglich. Diese können jedoch die Mitgliedschaft im Förderkreis der Deutschen Industrie e.V. beantragen.

Landesvertretungen

- Landesverband der Baden-Württembergischen Industrie
- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw)
- Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB)
- Die Unternehmensverbände im Lande Bremen
- IVH - INDUSTRIEVERBAND HAMBURG
- Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU)
- Vereinigung der Unternehmensverbände für Mecklenburg-Vorpommern (VUMV)
- Unternehmerverbände Niedersachsen (UVN)
- Landesvereinigung der Unternehmensverbände Nordrhein-Westfalen (unternehmer nrw)
- Landesvereinigung Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz (LVU)
- Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände (VSU)
- Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft (VSW)
- Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände Sachsen-Anhalt (AWSA)
- UV Nord - Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein
- Verband der Wirtschaft Thüringens (VWT)

Quelle:^[55]

Geschichte

Der BDI wurde am 19. Oktober 1949 als »Ausschuss für Wirtschaftsfragen der industriellen Verbände « gegründet, eine Woche nach der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Vorbild war der » Reichsverband der deutschen Industrie«, der von 1919 bis 1933 existiert hatte. Ende Januar 1950 erfolgte die Umbenennung in »Bundesverband der Deutschen Industrie«.^[56] Es gab schon mehrfach Bestrebungen, den Verband mit der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände \(BDA\)](#) zu vereinigen, die aber trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten.^[57] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, das das "Manager Magazin" auszugsweise zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstünde.^[58]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Einnahmen-Ausgaben-Rechnung 2021](#), lobbyregister.de, abgerufen am 08.11.2022
2. ↑ [BDI-Webseite](#) abgerufen am 19.07.2011
3. ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 173f
4. ↑ Haacke, Eva(2006): Wirtschaftsverbände als klassische Lobbyisten - auf neuen Pfaden, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf(Hrsg.): Die fünfte Gewalt - Lobbyismus in Deutschland - Bonn, S. 175
5. ↑ [Förderkreis der Deutschen Industrie](#), industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 27.02.2023
6. ↑ [Förderkreis der Deutschen Industrie](#), industrie-foerderkreis.de, abgerufen am 02.03.2023
7. ↑ [Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?](#), businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
8. ↑ [Umgeht der BDI mit seinem Förderkreis dass Lobbyregister?](#), businessinsider.de vom 05.04.2022, abgerufen am 02.03.2023
9. ↑ [Erarbeitung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes](#), www.bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 10.04.2026
10. ↑ ["Regelung der Rüstungsexporte: Gesetz mit Schlupflöchern"](#), taz.de, abgerufen am 20.04.2026
11. ↑ [Stellungnahme Greenpeace zum REKG](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 22.04.2026
12. ↑ [Pressemitteilung Terre des Hommes](#), tdh.de, abgerufen am 22.04.2026
13. ↑ [PRIF Blog: Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP zur Außen- und Sicherheitspolitik](#), blog.prif.org, abgerufen am 20.04.2026
14. ↑ [Fachgespräch am 06.04.2022](#), www.bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
15. ↑ [Stellungnahme von BDI, BDSV, BDLI](#), bdi.eu, abgerufen am 10.04.2026
16. ↑ [Konsultation zum REKG am 29.11.2022](#), bundeswirtschaftsministerium.de, abgerufen am 20.04.2026
17. ↑ [Rüstungsexportkontrollgesetz wird nicht weiter verfolgt](#), bundestag.de, abgerufen am 10.04.2026
18. ↑ [Bundeswirtschaftsministerium legt Entwurf zur Verschärfung des Wettbewerbsrechts vor](#), bmwk.de vom 20.09.2022, abgerufen am 12.01.2023
19. ↑ [Referentenentwurf für ein Wettbewerbsdurchsetzungsgesetz](#), bdi.eu vom 12.10.2022, abgerufen am 12.01.2023
20. ↑ [Kartellrecht. BDI verteidigt Monopolinteressen und übergeht den Mittelstand](#), lobbycontrol.de vom 06.12.2022, abgerufen am 12.01.2023
21. ↑ [bdi-besorgt-ueber-wirtschaftflaute](#), zeit.de, dpa-Meldung vom 16.01.2024, abgerufen am 17.01.2024
22. ↑ [eu-lieferkettenkompromiss-bedroht-europaeische-wirtschaft](#), bdi.eu/presse vom 14.12.2023, abgerufen am 17.01.2024
23. ↑ [Beim Lieferkettengesetz, geht es darum Unternehmen zu verpflichten entlang ihrer Wertschöpfungskette Maßnahmen zu ergreifen die Einhaltung von Umweltschutzstandards und Menschenrechten zu wahren](#)
24. ↑ [Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 07.11.2022

25. ↑ ^{25,025,1} [Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos](#) lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
26. ↑ ^{26,026,1} [Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten](#) misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
27. ↑ [Drucksache 19/28193 S. 52](#), dserver.bundestag.de, abgerufen am 07.11.2022
28. ↑ ^{28,028,128,2} [Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz](#), Global Policy Forum & Misereor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
29. ↑ [Wirtschaftslobby kämpft gegen wirksames europäisches Lieferkettengesetz](#) lieferkettengesetz.de vom 21.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
30. ↑ [Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten](#) bdi.eu vom 28.02.2021, abgerufen am 07.11.2022
31. ↑ ["Noch nicht am Ziel, aber endlich am Start" – Kommentar zum Beschluss des Lieferkettengesetzes](#) vom 11.06.2021, abgerufen am 07.11.2022
32. ↑ [Auf dem Weg zu einem europäischen Lieferkettengesetz](#) bdi.eu vom 15.12.2021. abgerufen am 07.11.2022
33. ↑ [Inside Job](#) corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 07.11.2022
34. ↑ [25 March: Less transparency on chemicals linked to cancer](#) corporateeurope.org, Corona Lobby Watch vom 01.05.2020, abgerufen am 18.03.2023
35. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
36. ↑ [Freihandelsabkommen: Industrieverband räumt falsche Angaben über TTIP ein](#), Spiegel Online, abgerufen am 13.04.2015
37. ↑ [BDI erhält Millionen Fördermittel des Bundes](#) euronews.net vom 16.07.2011, abgerufen am 20.07.2011
38. ↑ ["...und die Entscheidungen daher nicht immer rational"](#) sueddeutsche.de vom 24.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
39. ↑ [Bauernopfer für Brüderle](#) taz vom 26.03.2011, abgerufen am 19.07.2011
40. ↑ [Röttgen soll Fraktionsgeschäftsführer bleiben](#) Spiegel-Online vom 22.07.2006, abgerufen am 20.07.2011
41. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' – Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien"
42. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Löttsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011
43. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf schriftliche Fragen (Nr. 1, 8, 11, 28) von Gesine Löttsch (Die LINKE) zum Einsatz externer Mitarbeiter in Bundesbehörden aus der Woche vom 19. Mai 2008. Letzter Zugriff: 07.10.2011
44. ↑ [Bundesministerium des Innern: Vierter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2009 – 31. Dezember 2009, Stand 31.03.2010](#)
45. ↑ [Achter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Juli 2011 – 31. Dezember 2011](#) Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012
46. ↑ ^{46,046,1} [Neunter Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung, Berichtszeitraum 01. Januar 2012 – 31. Juni 2012](#) Bundesministerium des Inneren, Stand 15.03.2012

47. ↑ [Bundesministerium des Innern: Erster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung \(pdf\)](#), Berichtszeitraum 01. Januar 2008 – 31. August 2008, Stand 29.09.2008, letzter Zugriff 09.09.2011
48. ↑ ^{48,048,1} [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
49. ↑ [Bundesministerium des Inneren: Sechster Bericht über den Einsatz externer Personen in der Bundesverwaltung](#), Berichtszeitraum 01.07.2010- 31.12.2010, Stand: 21.03.2011
50. ↑ [\[1\] BDI-Lobbyist vertritt Regierung auf G-8-Planungstreffen](#). Letzter Zugriff: 25.04.2012
51. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Grünen-Fraktion zu "Mitarbeit von Beschäftigten von Verbänden und Wirtschaftsunternehmen in Bundesministerien und in nachgeordneten Bundesbehörden" vom 04.12.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
52. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der Linke-Fraktion zum Einsatz externer Mitarbeiter und Berater vom 10.06.2011, letzter Zugriff 28.09.2011
53. ↑ [Kristenbdi.eu](#), abgerufen am 23.05.2025
54. ↑ [Hauptgeschäftsführung](#), bdi.eu, abgerufen am 27.02.2023
55. ↑ [BDI-Webseite](#) abgerufen am 20.07.2011
56. ↑ [BDI-Webseite 60 Jahre BDI](#) abgerufen am 20.07.2011
57. ↑ [Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage](#), Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
58. ↑ "Nicht zukunftsfähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert, Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung.", Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8

BDI

Weiterleitung nach:

- [Bundesverband der Deutschen Industrie](#)

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. [Dankeschön!](#)



Die **Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände** (BDA) ist eine mächtige Interessenvertretung deutscher Unternehmen, vor allem auf dem Gebiet der Sozialpolitik.

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA)



Rechtsform eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der deutschen Arbeitgeber

**Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände (BDA)**

Gründungsdatum <text>

at

Hauptsitz Breite Straße 29, 10178 Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro <text>

EU

Webadresse www.bda-online.de

Inhaltsverzeichnis

1	Lobbystrategien und Einfluss	53
1.1	Verbindungen/ Netzwerke	53
1.2	Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft	53
1.3	Wettbewerb Starke Schule	54
1.4	Walter-Raymond-Stiftung	54
2	Fallstudien und Kritik	54
2.1	2020-2022: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten	54
2.2	2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer	56
3	Organisationsstruktur und Personal	57
3.1	Mitgliedsverbände	57
3.2	Hauptgeschäftsführung	57
3.3	Präsidium	58
3.4	Vorstand	59
4	Finanzen	60
5	Kurzdarstellung und Geschichte	60
6	Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	61
7	Einzelnachweise	61

Lobbystrategien und Einfluss

Verbindungen/ Netzwerke

- Die BDA ist Mitglied von [Businesseurope](#), dem europäischen Dachverband der Arbeitgeber mit Sitz in Brüssel.

Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft

Die [Bundesarbeitsgemeinschaft Schulewirtschaft](#) (BUAG) ist der Zusammenschluss der Landesarbeitsgemeinschaften Schulewirtschaft mit ihren Arbeitskreisen. Die BUAG wird getragen von der BDA und dem [Institut der deutschen Wirtschaft](#).

Wettbewerb Starke Schule

Mit dem Wettbewerb [Schule](#) zeichnen die [Hertie-Stiftung](#), der BDA, die [Bundesagentur für Arbeit](#) und die [Deutsche Bank Stiftung](#) alle zwei Jahre Schulen aus, die sich in herausragender Weise für ihre Schüler einsetzen.

Walter-Raymond-Stiftung

Die Stiftung pflegt den Gedankenaustausch zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik . Mitglieder des Beirats sind u.a.:

- [Bernd Raffelhüschen](#)^[1]
- [Michael Hüther](#)

Fallstudien und Kritik

2020-2022: Widerstand gegen unternehmerische Sorgfaltspflichten in Lieferketten

Die BDA bemühte sich durch Lobbyarbeit darum, ein Lieferkettengesetz auf deutscher und europäischer Ebene zu verhindern. Lieferkettengesetze sollen Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards.^[2]

- **Deutsches Lieferkettengesetz**

Das deutsche Lieferkettengesetz sollte es Betroffenen ursprünglich ermöglichen, vor deutschen Zivilgerichten Schadensersatz einzufordern, wenn Unternehmen durch Verstöße gegen ihre Sorgfaltspflichten in ihren Aktivitäten oder Geschäftsbeziehungen vorhersehbare und vermeidbare Schäden mitverursachen.^[3] Die BDA versuchte u.a. die angedachte zivilrechtliche Haftung für Unternehmen zu verwässern.^[4] Derartige Forderungen kritisierten zivilgesellschaftliche Akteure als „irreführend“.^[5] So konstatierte Johanna Kusch von der Initiative Lieferkettengesetz, dass Unternehmen mit ihrer Argumentation den Eindruck erweckten „*dass man [sie] für Vorgänge verantwortlich machen will, auf die sie keinerlei Einfluss haben*“ dies sei nach Auffassung der Initiative falsch: „*Sie sollen lediglich ihre eigenen Sorgfaltspflichten einhalten – und das ist zweifelsfrei möglich.*“ Ein Lieferkettengesetz ohne Haftung sei „*wirkungslos*“.^[5]

Der Bericht der zivilgesellschaftlichen Organisationen Misereor, Brot für die Welt und dem Global Policy Forum^[6] zeigt detailliert, dass die BDA „*massiven Einfluss*“ auf den deutschen Gesetzgebungsprozess ausgeübt hatte. So verschaffte sich dieser Gehör in höchsten Regierungskreisen: Zum Thema des Lieferkettengesetzes fand ein Telefonat zwischen dem damaligen Wirtschaftsminister Peter Altmaier und dem Präsidenten und dem Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) (16. Dezember 2020) statt, sowie ein weiteres gemeinsames Telefonat (12.

Februar 2021) zwischen Altmaier und einer Delegation aus Wirtschaftsvertretern, an dem auch der BDA teilnahm. Auch zwischen der Bundeskanzlerin a.D. Angela Merkel und Vertretern der BDA habe es einen persönlichen Austausch zum Lieferkettengesetz gegeben: am 31. August mit dem damaligen BDA-Präsidenten **Ingo Kramer** und am 12. Januar 2021 mit seinem Nachfolger **Rainer Dulger**. Darüber hinaus soll es zudem eine Korrespondenz zwischen dem damaligen Kanzleramtsminister Helge Braun und dem Hauptgeschäftsführer der BDA, **Steffen Kampeter** zum selben Thema gegeben haben.

Der BDA-Hauptgeschäftsführer **Kampeter** war häufig an den Gesprächen mit **Merkel** und **Altmaier** beteiligt. **Kampeter** war vor seinem Wechsel zur BDA von 2009 bis 2015 parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen (BMF) und verfügte daher über gute Kontakte in die damalige Bundesregierung (Seitenwechsel-Link).^[6] Laut einem Follow-Up Bericht derselben zivilgesellschaftlichen Organisationen erhielten Gesprächsanfragen zivilgesellschaftlicher Initiativen hingegen zumeist Absagen oder wurden auf niedrigeren Arbeitsebenen bearbeitet.^[2]

Darüber hinaus hatte es deutliche inhaltliche Überschneidungen zwischen den Positionen des Wirtschaftsflügels der Union und der BDA gegeben. So hatte der **Seitenwechsler** und CSU-Politiker **Hans Michelbach**, der 2001 Vize-Präsident der BDA war, am 13. März 2021 von der Bundesregierung gefordert, ein Lieferkettengesetz „ersatzlos“ zu streichen.^[7] Ein Artikel von Lobby Control (2021) über die engen Verbindungen zwischen Unternehmensverbänden und CDU/CSU findet sich [hier](#).

Nach Aussagen der Initiative Lieferkettengesetz hatte die Lobbyarbeit der BDA letztlich Erfolg: Anders als zunächst von Bundesarbeitsminister Heil (SPD) und Bundesentwicklungsminister Müller (CSU) vorgesehen, galt das finale Gesetz durch das Intervenieren des Wirtschaftsministeriums für weniger Unternehmen und schränkte die Sorgfaltspflichten stark ein.^[8]

Darüber hinaus versuchte die Vereinigung nach der Verkündung des Gesetzes, seine konkrete Umsetzung zu beeinflussen. In einer gemeinsamen Pressemitteilung (September 2022) der BDA mit dem **BDI**, dem **HDE** und dem **DIHK** forderten Deutschlands größte Wirtschaftsverbände, aufgrund der durch den Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine gestiegenen Energiepreise, ein Belastungsmoratorium für die deutsche Wirtschaft. Teil dieser Forderung war, dass das Inkrafttreten des Lieferkettengesetzes aufgeschoben werden sollte.^[4] Dasselbe Narrativ wurde bereits während des Beginns der COVID-19 Pandemie von den Wirtschaftsverbänden verwendet. Führende Ökonomen widersprachen dem schon damals.^[6] Der Wirtschaftsweise Achim Truger bemerkte, dass „eventuelle nachteilige Effekte so klein sein [würden], dass sie quantitativ im statistischen Rauschen untergehen.“^[9]

• **Europäisches Lieferkettengesetz**

Auch beim europäischen Gesetzesvorhaben versuchte die Vereinigung eine umfassende Regelung zu verhindern.

Wie das Recherchenetzwerk Correctiv^[10] berichtet, adressierte die BDA die „Erwartungen der deutschen Wirtschaft“ an ein europäisches Lieferkettengesetz in einer E-Mail vom 30. April 2021 an das Justiz-Ressort der Europäischen Kommission. In einem beigefügten Non-Paper stellte die BDA die Forderungen auf, dass ein europäisches Gesetz „*machbar*“ und „*angemessen*“ sein müsse. Die Vereinigung verwies darauf, dass „*Die Pflicht, für Menschenrechte zu sorgen, [...] in die Zuständigkeit von staatlichen Autoritäten [falle] und [...] nicht einfach an Unternehmen outsourced werden [könne]*“.

Ebenso wie auf nationaler Ebene, lehnte die BDA auf europäischer Ebene eine zivilrechtliche Haftung und die Kontrolle von Sorgfaltspflichten, die über das erste Glied der Lieferkette – also den direkten Zulieferer – hinausgehen, ab. Die Vereinigung betonte, *„dass ein Abschneiden der globalen Lieferketten, also Ent-Globalisierung, die heimliche Agenda der Fürsprecher [des Gesetzes] ist.“*

Darüber hinaus hatte es im Vorfeld des Gesetzesvorschlages der europäischen Kommission zwei virtuelle Treffen zwischen der BDA und Vertreter:innen des zuständigen Ressorts von EU-Justizkommissar Didier Reynders, der DGJUST, gegeben. ^[10] Dem Bericht „Inside Job“^[11] von Corporate Europe Observatory (CEO) zufolge, hatte die DGJUST zwar das Ziel verfolgt, den Einfluss von Lobbyisten auf das Gesetz zu begrenzen, jedoch blieb dieser Widerstand laut dem Bericht nicht lange erfolgreich: Nachdem das wirtschaftsnahe Regulatory Scrutiny Board^[12] Gesetzesvorschläge der DGJUST zurückgewiesen hatte, wurde der für den Binnenmarkt zuständige Kommissar Thierry Breton als Mitverantwortlicher in die Gesetzesausgestaltung geholt. Dieser sei laut dem CEO Bericht eine „zutiefst umstrittene Personalie“, die aus der Wirtschaft in die Kommission wechselte und dort eine unternehmensnahe Politik verfolgte. Bei einem Treffen mit Bretons DG GROW (Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU) der europäischen Kommission, hatte sich die BDA u.a. für eine Lockerung der geplanten Regularien eingesetzt: Insbesondere die Größe der miteinzubeziehenden Unternehmen, die Regeln für Unternehmensleitungen und -vorstände und die zivilrechtliche Haftung von Unternehmenschefs wurden dabei thematisiert. ^[11]

Die Bemühungen der Wirtschaftslobby konnten letztendlich Teilerfolge erzielen. Nach einer Analyse der Initiative Lieferkettengesetz des Kommissionsvorschlages (Stand 2022) habe das Gesetz z.B. die zivilrechtliche Haftung beibehalten, enthielte aber dennoch *„Schwachstellen und Schlupflöcher“*, z.B. in der Art der vom Gesetz abgedeckten Geschäftsbeziehungen.^[13] Im weiteren Prozess musste das Gesetz noch Zustimmung vom europäischen Parlament und dem Rat der Europäischen Union erhalten. Hier wandte sich die BDA in einem persönlichen Treffen an den Schattenberichterstatter Axel Voss (30/03/2022). ^[14] Der CDU-Politiker war zu diesem Zeitpunkt Mitglied der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU, die auch beim deutschen Gesetz starken Widerstand signalisiert hatten.^[15]

Interne Dokumente, die dem ZDF-Medium Monitor vorliegen, zeigen, dass auch die Scholz-Regierung auf EU-Ebene für die Interessen bestimmter Arbeitgeber- und Industrieverbände eintrat. So forderte die Bundesregierung im Einklang mit den Forderungen der BDA eine „Safe Harbour“ Klausel einzuführen. Dabei geht es um Haftungserleichterungen für die Unternehmen. Durch Gutachten von externen Prüfern könnten sie so ihre Produktionsprozesse als vermeintlich einwandfrei zertifizieren lassen. Diese Praxis würde es den Opfern deutlich erschweren den Unternehmen Fehlverhalten nachzuweisen (mehr zur Kritik an Safe-Harbour Klauseln findet sich [hier](#))^[16]

2015: Ablehnung der Finanztransaktionssteuer

Der BDA, zusammen mit weiteren führenden Wirtschaftsverbände Deutschlands, hat die europäischen Finanzminister in einer gemeinsamen Pressemitteilung aufgefordert, das Projekt zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer aufzugeben.^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Mitgliedsverbände

Mitglieder der BDA sind die 52 Bundesfachspitzenverbände und die 14 Landesvereinigungen der Arbeitgeber.

Hauptgeschäftsführung

Steffen Kampeter (Hauptgeschäftsführer • **CDU**, bis Juni 2015 Parl. Staatssekretär im **Bundesfinanzministerium**) seit 07/2016

Peter Clever

- **Bundesagentur für Arbeit**, Sprecher der Arbeitgeberbank im Verwaltungsrat

Alexander Gunkel

- **Deutsche Rentenversicherung Bund** (DRV Bund), Vorsitzender des Bundesvorstands
- Stellv. Vorsitzender des Sozialbeirats für die Rentenversicherung

(Stand: August 2016) Quelle: ^[18]

Präsidium

Ingo Kramer	Präsident	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführender Gesellschafter J. Heinr. Kramer Holding GmbH • Institut der deutschen Wirtschaft, Vizepräsident • Wirtschaftsforum der FDP, Mitglied
Josef Beutelmann	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Barmenia Versicherungen, Aufsichtsratsvorsitzender • Wirtschaftsforum der FDP, Mitglied
Gerhard F. Braun	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführender Gesellschafter Karl Otto Braun Gruppe
Rainer Dulger	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Gesamtmetall, Präsident
Otto Kentzler	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH), Präsident
Arndt G. Kirchhoff	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, Präsident
Randolf Rodenstock	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Präsident • Gesamtmetall, Vizepräsident • Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Präsidiumsmitglied • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Kuratoriumsmitglied • Wirtschaftsforum der FDP
Elke Strathmann	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • Continental AG, Vorstandsmitglied
Margret Suckale	Vizepräsident	<ul style="list-style-type: none"> • BASF SE, Vorstandsmitglied
Reinhard Göhner		<ul style="list-style-type: none"> • BDA Hauptgeschäftsführer
Rüdiger Grube		<ul style="list-style-type: none"> • Deutsche Bahn AG, Vorstandsvorsitzender
Arend Oetker		<ul style="list-style-type: none"> • Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG • Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Vizepräsident • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), Botschafter • Atlantik-Brücke, Mitglied des International Advisory Council • Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Vorsitzender des Stiftungsrats

Weitere Mitglieder:

Frank Appel (Vorstandsvorsitzender [Deutsche Post AG](#)), Thomas Bäumer, Werner M. Bahlsen, Bernhard Beck (Vorstandsmitglied [EnBW AG](#)), Hans-Dieter Bremer, Wolfgang Brinkmann, Milagros Caiña-Andree (Vorstandsmitglied [BMW AG](#)), Jürgen Deilmann, Martin Empl, Brigitte Faust, Bodo Finger, Heide Franken (Geschäftsführerin [Randstad](#)), Alfred Gaffal, Wolfgang Goebel, Helmut Heinen, Klaus Helmrich (Vorstandsmitglied [Siemens AG](#)), Fritz-Heinz Himmelreich, Hartmut Koch, Helmut F. Koch, Walter Koch, Gregor Lehnert, Stephan Leithner (Vorstandsmitglied [Deutsche Bank AG](#)), Horst-Werner Maier-Hunke, Wilhelm von Moers, Wilfried Porth (Vorstandsmitglied [Daimler AG](#)) Josef Sanktjohanser (Präsident [Handelsverband Deutschland - HDE](#)), Marion Schick (Vorstandsmitglied [Deutsche Telekom AG](#)), Andreas Schmieg (Vizepräsident [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#), HDB), Heinrich Spies, Bernd Tönjes (Vorstandsvorsitzender [RAG AG](#)), Bettina Volkens, Uli Wachholtz, Dieter Weidemann, Stefan Wolf

Klaus Murmann Ehrenpräsident • ehem. Vorstandsvorsitzender [Sauer-Danfoss Inc.](#)

Dieter Hundt Ehrenpräsident • Aufsichtsratsvorsitzender [Allgaier Werke GmbH](#)
• [BusinessEurope](#), Vizepräsident
• [Landesbank Baden-Württemberg](#), Mitglied des Aufsichtsrats

(Stand: November 2013) Quelle: ^[19]

- Es existiert ein "gemeinsames Präsidium" von BDA und [BDI](#). Durch gemeinsames Auftreten national und auf EU-Ebene wollen sie "die Schlagkraft" ihrer Interessenvertretung stärken. ^[20]

Vorstand

Der Vorstand der BDA besteht aus 79 Personen. Er überschneidet sich teilweise mit den Mitgliedern des Präsidiums.

Auswahl an Mitgliedern

Thomas Bauer • [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#), Präsident

Marie-Luise Dött • [CDU](#), Mitglied des Bundestages
• [Bund Katholischer Unternehmer \(BKU\)](#), Vorsitzende
• [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#), Mitglied des Fördervereins und ehemalige Botschafterin

Rainer Dulger • [Gesamtmetall](#), Präsident

Ernst Fischer • [Deutscher Hotel- und Gaststättenverband \(DEHOGA\)](#), Präsident

Alfred Gaffal • [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft \(vbw\)](#), Präsident

- Rüdiger Grube** • [Deutsche Bahn AG](#), Vorstandsvorsitzender
- Otto Kentzler** • [Zentralverband des Deutschen Handwerks \(ZDH\)](#), Präsident
- Arndt G. Kirchhoff** • [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\)](#), Präsident
- Ingo Kramer** • BDA Präsident
- Peter Kurth** • [Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft \(BDE\)](#), Präsident
- Kurt J. Lauk** • [Wirtschaftsrat der CDU](#), Präsident
- Arend Oetker** • Geschäftsführender Gesellschafter [Dr. Arend Oetker Holding GmbH & Co. KG](#)
- Walther Otreмба** • [Bundesverband Briefdienste](#), Vorsitzender
• ehem. Beamteter Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien
• [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#), Botschafter
- Randolf Rodenstock** • Geschäftsführender Gesellschafter [Optische Werke G. Rodenstock GmbH & Co. KG](#)

(Stand: November 2013) Quelle: ^[21]

Finanzen

Laut den eigenen Angaben, die im Transparenzregister der EU stehen, gab der BDA im Jahr 2015 1.5 - 1.75 Millionen Euro für die Lobbyarbeit auf EU-Ebene aus. Fünf Mitarbeiter hatten einen Zugang zum Europäischen Parlament.^[22]

Kurzdarstellung und Geschichte

Die BDA bezeichnet sich als die sozialpolitische Spitzenorganisation der gesamten deutschen Privatwirtschaft, die die Interessen kleiner, mittelständischer und großer Unternehmen aus allen Branchen in allen Fragen der Sozial- und Tarifpolitik, des Arbeitsrechts, der Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik sowie der Bildung vertritt.^[23] Der Verband beruft sich auf eine Reihe von Vorläuferorganisationen, die älteste wurde bereits 1869 gegründet.^[24] Über ihre Mitgliedsverbände und die über sie organisierten Betriebe setzt sie sich für die unternehmerischen Interessen im politischen Willensbildungsprozess ein - gegenüber Legislative und Exekutive, gegenüber Gewerkschaften, gesellschaftlichen Gruppen und in der Öffentlichkeit.

Es gab schon mehrfach Bestrebungen, den Verband mit dem [Bundesverbandes der Industrie \(BDI\)](#) zu vereinigen, die aber trotz der großen räumlichen sowie ideologischen Nähe bislang immer scheiterten.^[25] In einem internen Strategiepapier aus dem Jahr 2015, aus dem das "Manager Magazin" Auszüge zitierte, hieß es dazu, dass die getrennte Aufstellung der zwei Spitzenverbände BDA und BDI "nicht mehr zukunftsfähig" sei und den Anforderungen an Lobbying auf EU-Ebene nicht genüge, da sie in den europäischen Institutionen niemand verstünde.^[26]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Econ Referenten Agentur, Website econ-referenten, abgerufen am 27. Oktober 2012
- ↑ ^{2,02,1} Armin Paasch & Karolin Seitz: Deutsche Wirtschaftslobby gegen wirksames EU-Lieferkettengesetz, Global Policy Forum & Misereor, February 2022. globalpolicy.org, abgerufen am 07.11.2022
- ↑ BMZ, Faire globale Liefer- und Wertschöpfungsketten, bmz.de, abgerufen am 22.09.20.
- ↑ ^{4,04,1} Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, BDA und DIHK anlässlich der Diskussion um ein nationales Lieferkettengesetz bdi.eu vom 03.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ ^{5,05,1} Faktencheck: Initiative Lieferkettengesetz widerlegt irreführende Behauptungen von Wirtschaftsverbänden zur Unternehmenshaftung – Lieferkettengesetz ohne Haftung wirkungslos lieferkettengesetz.de vom 02.09.2020, abgerufen am 07.11.2022
- ↑ ^{6,06,16,2} Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
- ↑ CSU-Finanzexperte - "Nadelstiche" gegen Firmen wegen Corona beenden reuters.com vom 13.03.2020, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ Pressestatement vom 11.06.2021 lieferkettengesetz.de, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ Ökonom zu Lieferkettengesetz: „Das ist eine Frage des Anstands“ taz.de vom 17.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ ^{10,010,1} Lieferketten: Unternehmen wollen nicht für Ausbeutung haften correctiv.org vom 22.02.2022
- ↑ ^{11,011,1} Inside Job: Wie die Wirtschaftslobby die internen Verfahren der Kommission ausnutzt, um sich ihrer Verantwortung für Menschenrechte und Umweltschutz zu entziehen corporateeurope.org vom 08.06.2022, abgerufen am 23.11.2022
- ↑ Die Europaabgeordneten Lara Wolters, Heidi Hautala, Manon Aubry und Pascal Durand stellten fest: „Aus den offengelegten Dokumenten geht hervor, dass der Ausschuss [RSB] einer hartnäckigen und scheinbar koordinierten Lobbyarbeit ausgesetzt war, bei der fadenscheinige Behauptungen aufgestellt wurden, dass Elemente der Folgenabschätzung der Kommission gegen die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit verstießen“. von [business & human rights resource center](#) business-humanrights.org vom 15.12.2021, abgerufen am 22.11.2022
- ↑ Nachhaltige unternehmerische Sorgfaltspflicht: Stellungnahme zum Vorschlag der EU-Kommission lieferkettengesetz.de vom April 2022, abgerufen am 13.11.2022

14. ↑ [Transparency europa.eu](#), n.D., abgerufen am 23.11.2022
15. ↑ [MIT gegen Lieferkettengesetz der Bundesregierung](#) mit-bund.de vom 22.09.2020, abgerufen am 23.11.2022
16. ↑ [EU-Lieferkettengesetz: Bundesregierung contra Menschenrechte?](#) wdr.de vom 27.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
17. ↑ [Verbände: Finanztransaktionssteuer stoppen!](#) Pressemitteilung der DIHK vom 08.12.2015, abgerufen am 18.12.2015
18. ↑ [Die Hauptgeschäftsführung der BDA](#) Webseite BDA, abgerufen am 09.08.2016
19. ↑ [Das Präsidium der BDA](#) Webseite BDA, abgerufen am 21.11.2013
20. ↑ [BDA und BDI bekommen gemeinsames Präsidium](#) DIE WELT vom 03.11.2006, abgerufen am 26.11.2013
21. ↑ [Der Vorstand der BDA](#) Webseite BDA, abgerufen am 21.11.2013
22. ↑ [Profil: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V.](#), Transparenzregister der EU, Eintrag vom 14.7.2016, zuletzt aufgerufen am 28.6.2016
23. ↑ [60 Jahre BDA 60 Jahre Stimme der Deutschen Wirtschaft](#), Website der BDA, abgerufen am 21. Oktober 2012
24. ↑ [Daten zur Geschichte der BDA und der deutschen Arbeitgeberverbände](#), Chronik auf der Webseite des BDA, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
25. ↑ [Fusion der Spitzenverbände: BDI und BDA Angst vor der eigenen Courage](#), Der Tagesspiegel, 28. August 2016, zuletzt aufgerufen am 28.8.2016
26. ↑ ["Nicht zukunftsfähig". BDI - Eine Fusion mit der BDA scheitert, Geschäftsführer Kerber ist auf dem Absprung."](#), Manager Magazin, Ausgabe vom September 2016, Seite 8

BDA

Weiterleitung nach:

- [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#)

Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft

Die **Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)** ist die Interessenvereinigung der bayerischen Wirtschaft, die 126 bayerische Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie 40 Einzelunternehmen vertritt.^[1] Sie fungiert auch als bayerische Landesvertretung der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (BDA) und des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI). Die Öffentlichkeitsarbeit wird von der Informationszentrale der Bayerischen Wirtschaft e. V. (ibw) wahrgenommen. Zu den Partnern der vbw gehört u.a. die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM).^[2] Neben ihrem Hauptsitz in München hat die vbw Verbindungsbüros in New York und Brüssel.

Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)

Rechtsform

Tätigkeitsbereich Interessenvereinigung der bayerischen Wirtschaft

Gründungsdatum

Hauptsitz München

Lobbybüro

Lobbybüro EU Rue Marie de Bourgogne 58, 1000 Brüssel

Webadresse vbw-bayern.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	63
2 Fallbeispiele und Kritik	63
2.1 Erbschaftsteuerreform	63
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	64
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	64
5 Einzelnachweise	64

Lobbystrategien und Einfluss

In Berlin bringt die vbw in enger Abstimmung mit den bayerischen Mandatsträgern und in Zusammenarbeit mit den Spitzenverbänden BDI und BDA Positionen der Wirtschaft in den Gesetzgebungsprozess ein und sichert dadurch wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen.^[3] Themen- und anlassbezogene Gespräche von Präsident und Hauptgeschäftsführer mit Mitgliedern von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung dienen der Vernetzung und dem Informationsaustausch ebenso wie regelmäßige Delegationsreisen zusammen mit Vertretern der vbw Mitgliedsverbände. Die "Bayerischen Wirtschaftsgespräche" werden im Geschäftsbericht 2014 als "Scharnier zwischen Verband, Politik und Öffentlichkeit" bezeichnet.

Das Verbindungsbüro Brüssel ist Ansprechpartner für Akteure der EU-Institutionen und Interessenvertreter. Es organisiert Veranstaltungen wie Business Lunches, Parlamentarische Abende sowie den Tag der Bayerischen Wirtschaft.

Die vbw unterhält enge Beziehungen zur CSU. Hauptgeschäftsführer Betram Brossart ist der ehemals engste Mitarbeiter des früheren CSU-Wirtschaftsministers Otto Wiesheu.^[4] Thomas Bauer, Schatzmeister der CSU, war von 1998 bis 2015 Vizepräsident der vbw.^[5] Die vbw richtete den 70. Geburtstag des ehemaligen Bayerischen Ministerpräsidenten **Edmund Stoiber** (CSU) aus.^[6]

Fallbeispiele und Kritik

Erbschaftsteuerreform

Das Bundesverfassungsgericht hatte 2014 die Privilegien von Firmenerben bei der Erbschaftsteuer als grundgesetzwidrig erklärt.^[7] Gegen die geplanten minimalen Korrekturen hatten mehrere Wirtschaftsverbände lobbyiert. Die vbw weist in einer Erklärung vom 29. März 2016 darauf hin, dass es gelungen sei, die Reformen weiter abzuschwächen. Auf Ebene der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der Regierungsparteien im Deutschen Bundestag seien gegenüber dem Regierungsentwurf in einem vorläufigen Konsens vom 11. Februar 2016 zielführende Verbesserungen zum Regierungsentwurf ausgehandelt worden.^[8] Die Bayerische Staatsregierung und die CSU Landesgruppe forderten einem Acht-Punkte-Katalog vom 22. Februar 2016 weitere Korrekturen zugunsten der Erben wie:

- Kein Rückgriff auf vorhandenes Privatvermögen der Erben
- Begünstigtes Vermögen zielgerecht definieren
- Schenkungsfälle gegenüber Erbfällen nicht schlechter stellen
- Gebundene Anteile in Familienunternehmen: Auflagen angemessen halten
- Vereinfachtes Ertragswertverfahren sachgerecht ausgestalten

- Lohnsummenauflage für Kleinunternehmen: Bürokratie vermeiden

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Hauptgeschäftsführer: [Bertram Brossardt](#).

Präsidium: Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Präsident des Präsidiums ist Alfred Gaffal, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Wolf GmbH, Mainburg, und Präsident der bayerischen Metall- und Elektro-Arbeitgeberverbände (bayme vbm)

Vorstand: Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Zukunftsrat: Die Mitglieder des Zukunftsrats der vbw sind [hier](#) abrufbar. Hierzu gehören u.a. Alfred Gaffal, Wolfgang A. Hermann (Präsident der TU München).

Aktionsrat Bildung: Der [Aktionsrat Bildung](#) ist ein Expertengremium von BildungswissenschaftlerInnen, das sich 2005 auf Initiative der vbw konstituiert hat. Vorsitzender ist Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg und Mitglied des Fördervereins der [INSM](#) (bis 2009)

Aktionsrats Marktwirtschaft: Der [Aktionsrat Marktwirtschaft](#) ist eine Initiative der vbw.

Roman Herzog Institut: Das [Roman Herzog Institut](#) ist eine Denkfabrik, deren Träger der vbw und der [Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie](#) (vbm) sind.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Wir über uns](#), Webseite vbw, abgerufen am 17.03.2016
2. ↑ [Netzwerk Partner + Kooperationen](#), Webseite vbw, abgerufen am 28.03.2016
3. ↑ [Geschäftsbericht 2014, S. 74](#), Webseite vbw, abgerufen am 17.03.2016
4. ↑ [Spendable Lobbyisten Geld für die CSU](#), Süddeutsche Zeitung online vom 3. Januar 2013 abgerufen am 30.03.2015
5. ↑ [Profil auf der Webseite der CSU](#), abgerufen am 30.03.2016
6. ↑ [Pressemitteilung vom 10. April 2013](#), Webseite vbw, abgerufen am 30.03.2016
7. ↑ [Urteil in Karlsruhe: Erbschaftsteuer ist teilweise verfassungswidrig](#), Spiegel online vom 17.12.2014, abgerufen am 30.03.2016
8. ↑ [Position Erbschaftssteuerreform: Bayern auf richtigem Weg, 29. März 2016](#), Webseite vbw, abgerufen am 30.03.2016

Roman Herzog Institut

Roman Herzog Institut

Das **Roman Herzog Institut** ist ein Think tank, bezahlt von [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw) und dem [Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie](#) (vbm).

Roman Herzog Institut

[[Bild:<datei>|center]]

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Denkfabrik der bayerischen Arbeitgeber
Gründungsdatum	<text>
Hauptsitz	Max-Joseph-Straße 580333 München
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	<text>
Webadresse	www.romanherzoginstitut.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	65
2 Organisationsstruktur und Personal	65
2.1 Träger	65
2.2 Kooperationspartner	66
2.3 Vorstand	66
2.4 Geschäftsführer	66
2.5 Wissenschaftlicher Beirat	66
2.6 Experten	66
3 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	66
4 Einzelnachweise	66

Kurzdarstellung und Geschichte

Das Institut entwickelt im Namen des ehem. Bundespräsidenten **Roman Herzog** Reforminitiativen aus der Sicht der bayerischen Arbeitgeber. Zu den Aktivitäten des Instituts gehören Publikationen, Veranstaltungen und eine Impulsbörse. Auf einen eigenen Verwaltungsapparat wird weitgehend verzichtet, die Organisation des Instituts bleibt hauptsächlich virtuell.

Organisationsstruktur und Personal

Träger

Träger sind:

- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#) (vbw) (vertritt 90 bayerische Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie 27 Einzelunternehmen)
- [Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie](#) (vbm)

Kooperationspartner

Kooperationspartner ist das arbeitgebernahe [Institut der deutschen Wirtschaft \(IW\)](#)

Vorstand

Vorsitzende

r

[Randolf Rodenstock](#)

- Rodenstock GmbH, Vorsitzender des Aufsichtsrats
- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#), ehem. Präsident
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#), Botschafter

Wolfram Hatz

- [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft \(vbw\)](#), Präsident

(Stand: Februar 2023) Quelle: ^[1]

Geschäftsführer

Geschäftsführer ist Bertram Brossardt, Geschäftsführer der [Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft](#)

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Experten

Die Experten sind [hier](#) abrufbar.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. [↑] [Der Vorstand](#), romanherzoginstitut.de, abgerufen am 04.03.2023

Ludwig-Erhard-Stiftung

Die **Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.** ist ein einflussreiches marktliberales Netzwerk, zu dem Unternehmer/Manager, Vertreter von Wirtschaftsverbänden, Politiker - ganz überwiegend aus CDU und FDP - und wirtschaftsliberale

Ludwig-Erhard-Stiftung

Rechtsfor e.V.

Professoren gehören. Nach eigenen Angaben hat der staatlich geförderte Verein die Aufgabe, freiheitliche Grundsätze in Politik und Wirtschaft zu fördern und die Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard zu stärken. Er ist personell mit wirtschaftsnahen Netzwerken und Denkfabriken verbunden, mit denen er auch gemeinsame Veranstaltungen organisiert. Zu ihnen gehört der Lobbyverband [Wirtschaftsrat der CDU](#), dessen Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender des Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. sowie Aufsichtsratsmitglied der Vodafone GmbH und der Dussmann KGaA ist.^[1] Die Vizepräsidentin des Wirtschaftsrats der CDU, Bettina Würth, ist Mitglied des Vereins.

Die Veranstaltungen des Vereins bieten den Mitgliedern aus der Wirtschaft die Möglichkeit, ihre interessen geleiteten wirtschaftspolitischen Vorstellungen Spitzenpolitikern und Vorstandsmitgliedern der Deutschen Bundesbank in persönlichen Gesprächen zu vermitteln und Kontakte zu knüpfen. Häufiger Referent ist [Lars P. Feld](#), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirat des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Berater von Bundesfinanzminister Lindner (FDP).

Der Lobbyverein, der lange Zeit keine Einzelheiten seiner Finanzierung offenlegte, wurde bereits in den 70er und 80er Jahren von staatlichen Stellen finanziell gefördert. Die damalige Bundesregierung hielt es für geboten, die Arbeit des Vereins "im Interesse freiheitlicher Grundsätze in Wirtschaft und Politik" mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen.^[2] Das bedeutet, dass der Verein bereits damals aufgrund seiner wirtschaftsliberalen Ausrichtung gefördert worden ist.

Zu den Mitgliedern des Netzwerks gehört auch Bettina Stark-Watzinger (FDP), ehem. Bundesministerin für Bildung und Forschung, deren Ministerium die Gründung des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft (Forum) 2023 mit einer Anschubfinanzierung gefördert hat.^{[3][4][5]} Das Ministerium hat im Zuwendungsbescheid vom 26. Januar 2023 der Ludwig-Erhard-Stiftung für das Vorhaben „Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft“ als Projektförderung eine Zuwendung bis zu 810.578,72 Euro bewilligt, die für den Zeitraum vom 01.01.2023 bis 31.12.2024 gilt. Gleichzeitig beklagt der Verein, "dass Erfolg ohne Staatszuschuss in Deutschland nicht mehr möglich ist".^[6] Das Forum ist von der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) gemeinsam initiiert worden.^[7] (Zu weiteren Einzelheiten der Förderung vgl. den Abschnitt "Finanzen", "Projektzuschüsse")

Ludwig-Erhard-Stiftung

m

Tätigkeitsbereich Wirtschaftsnahes Netzwerk zur Verbreitung marktliberaler Ideen

Gründung 1967

sdatum

Hauptsitz Bonn

Lobbybür

o

Lobbybür

o EU

Webadres www.ludwig-erhard-stiftung.de
se

Inhaltsverzeichnis

1 Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Ludwig-Erhard-Stiftung	68
2 Aktivitäten	69
3 Türöffner für Lobbyist:innen	69
4 Personelle Verflechtungen	70
4.1 CDU und nahestehende Institutionen	70
4.2 Wirtschaftsverbände, Lobbyorganisationen, wirtschaftsnahe Institute, Stiftungen und Denkfabriken	70
4.3 Sonstige	71
5 Organisationsstruktur und Personal	71
5.1 Vorstand und Geschäftsführung	71
5.2 Mitglieder	72
5.3 Freundeskreis	73

6 Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft	73
6.1 Aktivitäten	73
6.2 Kampagne mit europäischen Partnern des Atlas Network	74
6.3 Leiter und Kuratorium	75
6.4 Kooperationspartner	75
6.5 Anschubfinanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung	75
7 Kooperationen	76
7.1 Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände	76
7.2 "Frankfurter Gespräche" mit Repräsentanten von Banken	76
7.3 Wirtschaftsrat der CDU	76
7.4 Konrad-Adenauer-Stiftung	77
7.5 Friedrich-Naumann-Stiftung	77
7.6 Die Familienunternehmer	77
7.7 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	77
8 Finanzen	77
8.1 Allgemein	77
8.2 Kapitalstock	78
8.3 Projektzuschüsse	78
9 Zitate von Müller-Armack	79
10 Weiterführende Informationen	79
11 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	79
12 Einzelnachweise	79

Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Ludwig-Erhard-Stiftung

Ludwig Erhard (geboren 1897 in Fürth, gestorben 1977 in Bonn) gilt als Begründer der Sozialen Marktwirtschaft und des Mottos „Wohlstand für alle“. Am 20. September 1949 wurde Erhard als Wirtschaftsminister im ersten Bundeskabinett unter Bundeskanzler Adenauer vereidigt. Am 16. Oktober 1963 wurde er zum Bundeskanzler gewählt; am 1. Dezember 1966 trat Erhard von diesem Amt zurück.

Der Verein vertritt dezidiert wirtschaftsliberale Positionen. Nach seiner Auffassung hat Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards die Aufgabe, Wettbewerb zum Ordnungsprinzip zu erheben und nachhaltig abzusichern.^[8] Lenkende Eingriffe mit gesamtwirtschaftlichem Maximierungsanspruch und administrativen Lösungsversprechen für Einzelprobleme gehörten nicht in den Werkzeugkasten eines Wirtschaftspolitikers, der sich auf Ludwig Erhard berufen will. Das soziale Element der Sozialen Marktwirtschaft liege nicht in der Umverteilung von Einkommen oder Vermögen zur Korrektur politisch unerwünschter Ergebnisse des marktwirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozesses, sondern in der ordnungspolitisch abgesicherten Bindung der Freiheit an die Verantwortung im Rahmen des Leistungswettbewerbs.

Der Vorstandsvorsitzende Roland Koch nimmt die Klimapolitik der Bundesregierung als „Dirigismus“ und „Bevormundung“ wahr und lehnt staatliche Eingriffe ab: "Statt die zum Einsatz kommende Technologie zur beabsichtigten Reduktion des CO2-Ausstoßes der Kreativität freier Unternehmen zu überlassen, macht die Politik kleinteilige Vorgaben."^[9]

Aktivitäten

Mit Publikationen, Vorträgen und Symposien soll in der Öffentlichkeit und bei Entscheidern in Politik, öffentlichen Behörden und Verbänden Verständnis für die Soziale Marktwirtschaft geweckt werden. Der Verein gibt die Vierteljahresschrift [Orientierungen zu Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik](#), das Jugendmagazin [Im Klartext](#) sowie Schriftenreihen heraus und unterhält ein Dokumentationszentrum über Ludwig Erhard. Zu den Veranstaltungen gehören: [Berliner Kamingsgespräche](#), [Bonner Wettbewerbsgespräche](#), [Frankfurter Gespräche](#), [Kolloquien](#) mit nahestehenden Organisationen sowie [Seminare](#) zur Lehrerfortbildung.

Unter [Standpunkt](#) werden Stellungnahmen zu aktuellen politischen Themen veröffentlicht. Die Überschriften der letzten drei Kommentare (Stand: 10/2023) lauten: „Gesellschaftspolitische Steuerungszusammenhänge klimapolitischer Akteure“, „Wider die Schönredner und falsche Propheten im ÖNPV“ und „Klimasünder, Etikettenschwindler und ökologische Geisterfahrer - Eine verkehrspolitische, ökonomische und ökologische Streitschrift“.^[10] Außerdem werden [Kommentare des Vorsitzenden Roland Koch](#) publiziert.

Jährlich wird der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik (Preisträger) sowie der Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik (Förderpreisträger) vergeben. Das Preisgeld soll jeweils 10.000 Euro betragen. Die Bundesregierung förderte den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik von 1979 bis 1981 und 1984 bis 1987 mit jährlichen Zuschüssen zwischen 25.300 DM und 52.664 DM.^[11] Ob der Preis weiterhin mit Bundesmitteln gefördert wird, ist nicht bekannt.

Mitglieder der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik sind:

- Katharina Reiche, Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG, Vorsitzende des Nationalen Wasserstoffrats, ehem. Haupt-geschäftsführerin des Verbands kommunaler Unternehmen (VKU), ehem. CDU-Politikerin
- Nikolaus Risch, Mitglied des Vorstands der Heinz Nixdorf Stiftung, die den Verein seit Jahren fördert.^[12]
- Theresia Theurl, ehem. Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster, Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Genossenschaftswesen, Mitglied des [Walter Eucken Institut](#), Mitglied des Zukunftsrates des Verbandes der Sparda-Banken e.V.
- Roland Koch (qua Amt), Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)

Quelle: ^[13]

Die Preisträger sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören: Wolfgang Reitzle (2021), Dan McCrum (2020), Ulf Poschardt (2019), Zanny Minton Beddoes (2018), Marc Beise (2017) und Gerhard Schröder (2016). Die Preisverleihung 2020/21 fand in der Hessischen Landesvertretung in Berlin statt.

Türöffner für Lobbyist:innen

Am Mittwoch, 8. November 2023, von 18 Uhr bis 19 Uhr, sprach Prof. Dr. Godelieve Quisthoudt-Rowohl, stv. Vorsitzende der Ludwig-Erhard-Stiftung mit Dr. Christian Ehler MdEP, EVP-Koordinator im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie und Dr. Pierre Gröning, Geschäftsführer des Europabüros Brüssel des [Verbandes der Chemischen Industrie](#) zum Thema „Europäische und deutsche Energiepolitik: Zusammenspiel oder Widerspruch?“ Die Teilnahme an dieser Veranstaltung war auf Mitglieder der Ludwig-Erhard-Stiftung sowie auf Mitglieder des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung beschränkt.^[14]

Am 23. Januar 2024 fand die erste Veranstaltung des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft zur Bedeutung und Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft im HessenChemie Campus statt.^[15] Teilnehmer waren u.a.: Oliver Coenenberg, Sanofi-Aventis Deutschland, Vorsitzender von HessenChemie und VhU-Vizepräsident, Heiko Kasseckert, MdL/CDU und [Roland Koch](#), Präsident der Ludwig-Erhard-Stiftung, Präsidiumsmitglied im [Wirtschaftsrat der CDU](#). Coenenberg betonte, wie essenziell es sei, von seiten der Politik förderliche Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Unternehmertum und Leistungsbereitschaft zu schaffen.

Am Montag, 27. Januar 2025, 17:30 Uhr – 18:30 Uhr, spricht Dr. Joachim Seeler, Stv. Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung, mit Hildegard Müller, Präsidentin des [Verbandes der Automobilindustrie](#), über „Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie“.^[16] Zu den eingeladenen Mitgliedern gehören auch Spitzenpolitiker.

Personelle Verflechtungen

Mitglieder des Netzwerks kommen u.a. aus den folgenden Organisationen:

CDU und nahestehende Institutionen

- [CDU](#) ([Friedrich Merz](#): Vorsitzender; [Carsten Linnemann](#): Generalsekretär; Jens Spahn: Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#) ([Roland Koch](#): Mitglied des Präsidiums; [Lars P. Feld](#): Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats; [Michael Hüther](#): Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats; Bettina Würth: Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen"; Christoph Werner: Vorsitzender des Beirats "Handel und Konsumgüter"; Godelieve Quisthoudt-Rowohl: Mitglied; [Justus Haucap](#): Leiter des Think Tanks "Deregulierung" [Friedrich Merz](#): ehem. Vizepräsident);
- [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) ([Carsten Linnemann](#): ehem. Vorsitzender)
- [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) ([Friedrich Merz](#): Mitglied des Vorstands; [Carsten Linnemann](#): Ständiger Gast im Vorstand; Paul Kirchhof und Sara Rösner: Mitglied des Kuratoriums)

Wirtschaftsverbände, Lobbyorganisationen, wirtschaftsnahe Institute, Stiftungen und Denkfabriken

- [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (Steffen Kampeter: Hauptgeschäftsführer)
- [Die Familienunternehmer - ASU](#) (Sarna Röser: Mitglied des Bundesvorstands und des Strategischen Beirats; Patrick Adenauer und [Frank Schäffler](#): Mitglied des Strategischen Beirats)
- [Stiftung Familienunternehmen](#) (Detlef W. Prinz: Mitglied des Kuratoriums; Hans-Werner Sinn: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats)
- [AGA Unternehmensverband Hamburg](#) (Volker Tschirsch: Hauptgeschäftsführer)
- [Wirtschaftsverband Deutsches Aktieninstitut](#) Frank Engels: Mitglied des Präsidiums)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) ([Siegmar Mosdorf](#): Stellv. Vorsitzender)
- [Institut der deutschen Wirtschaft](#) ([Michael Hüther](#): Direktor)
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (Florian Gerster, [Oswald Metzger](#) und [Randolf Rodenstock](#): frühere Botschafter)
- [Stiftung Marktwirtschaft](#) (Jens Weidmann: Vorsitzender des Kuratoriums; [Lars P. Feld](#): Sprecher „Kronberger Kreis“; [Justus Haucap](#): Mitglied „Kronberger Kreis“; Volker Wieland: Mitglied "Kronberger Kreis")
- [Walter Eucken Institut](#) ([Lars P. Feld](#): Leiter)

- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) (Jens Weidmann, Heike Göbel, Renate Köcher, Holger Steltzner: Mitglieder des Kuratoriums)
- [Prometheus](#) ([Frank Schäffler](#)/FDP-Politiker: Gründer und Geschäftsführer; Thomas Mayer: Vorsitzender des Kuratoriums)
- [ECONWATCH](#) ([Justus Haucap](#): Präsident; [Lars P. Feld](#): Mitglied des Kuratoriums)
- [Atlantik-Brücke](#) ([Michael Hüther](#): Stellv. Vorsitzender des Vorstands)
- [Trilaterale Kommission](#) (Jens Spahn: Vorsitzender der deutschen Gruppe)

Sonstige

- Deutsche Bundesbank (Joachim Nagel: Präsident, Burkhard Balz: Mitglied des Vorstands)
- Bundeskartellamt (Andreas Mundt: Präsident)
- [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (Veronika Grimm: Mitglied)
- [FAZIT-STIFTUNG](#) (Jens Weidmann: Mitglied des Kuratoriums), Cornelia Woll: Mitglied des Kuratoriums)
- Tichys Einblick ([Roland Tichy](#): Herausgeber; [Oswald Metzger](#): Hauptstadtkorrespondent)
- Institut für Demoskopie Allensbach (Renate Köcher: Geschäftsführerin)
- Zentrum Liberale Moderne (Ralf Fücks: geschäftsführender Gesellschafter)

(Stand: Februar 2026)

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand und Geschäftsführung

Vorsitzender des Vorstands:

[Roland Koch](#), Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Direktor des [Frankfurt Competence Center for German and Global Regulation](#) (FCCR), betätigt sich als Anwalt in seiner eigenen Kanzlei in Frankfurt am Main und als Lobbyist. Koch war hessischer Ministerpräsident und Vorstandsvorsitzender der Bilfinger SE.

Laut [Lobbyregister](#) vertritt Koch die Interessen der Vodafone GmbH und der Dussmann Stiftung & Co. KG als Mitglied des Aufsichtsrats sowie des [Wirtschaftsrat der CDU](#) als Präsidiumsmitglied. Seine Tätigkeit bei Vodafone beschreibt er im Lobbyregister wie folgt: „allgemeines Interesse an unternehmerfreundlicher und technologieoffener Regulierung im Bereich der Kommunikationsindustrie, sowie bei den Digitalisierungsprojekten.“ (Stand: 27.03.2023) Weiterhin ist er Mitglied des Verwaltungsrats der [American Chamber of Commerce in Germany](#)^[17]

Stellvertretende Vorsitzende:

- Godelieve Quisthoudt-Rowohl (CDU), Mitglied im [Wirtschaftsrat der CDU](#), war bis 2019 Abgeordnete des Europäischen Parlaments
- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Initiatorin von [Unternehmer in Bewegung](#), Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Joachim Seeler, ehem. Hamburger SPD-Politiker, Geschäftsführender Gesellschafter der Investmentfirma HSP Hamburg Invest, Vorstandsmitglied der Finanzplatzinitiative Hamburg e.V.

- Linda Teuteberg, Senior Advisor bei der Lobby-Agentur [FGS Global](#)^[18], ehem. Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP), ehem. Generalsekretärin der FDP, Mitglied des Beirats "Politik & Public Affairs" der [Quadriga Hochschule](#) und Mitglied des Beirats von ProSiebenSat.1^[19]
- Volker Wieland, Inhaber der Stiftungsprofessur für Monetäre Ökonomie, Geschäftsführender Direktor des [Institute for Monetary and Financial Stability](#), Mitglied des „Kronberger Kreises“ der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied im „Hessischen Zukunftsrat Wirtschaft“
- Nicolas Heinen (Schatzmeister), seit 2024 Leiter der Grundsatzabteilung im Bundesministerium der Finanzen. Zuvor war er in verschiedenen Research-, Strategie- und Leitungsfunktionen für die Deutsche Bank AG, die Linde AG und die Deutsche Börse AG tätig

Geschäftsführer: Patrick Opdenhövel, ehem. CDU-Politiker (Frühere Positionen: Staatssekretär im Ministerium der Finanzen des Landes NRW, Büroleiter des Hessischen Ministerpräsidenten [Roland Koch](#))

Wissenschaftlicher Leiter: Stefan Kolev, der auch Leiter des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft ist. Er ist weiterhin Mitglied des Kuratoriums der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung.

Mitglieder

Laut Lobbyregister hatte der Verein am 31.12.2023 86 Mitglieder (ausschließlich natürliche Personen). Bei den [hier](#) abrufbaren Mitgliedern^[20] handelt es sich zu einem großen Teil um Unternehmer/Manager, aktuelle und ehemalige Vertreter von Wirtschaftsverbänden, dem Wirtschaftsflügel der CDU und der FDP nahestehende Personen sowie marktliberale Professoren und Journalisten.

Prominente Mitglieder sind:

- [Jens Spahn](#), Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Bundesminister für Gesundheit, Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)
- [Friedrich Merz](#), Bundesvorsitzender der CDU, ehem. Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- [Otto Fricke](#) (FDP), ehem. Partner der Lobbyorganisation [CNC Communications & Network Consulting](#)
- Bettina Stark-Watzinger (FDP), ehem. Bundesministerin für Bildung und Forschung
- [Frank Schäffler](#), FDP-Politiker, Gründer von [Prometheus](#), Mitglied des Strategischen Beirats von [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- [Carsten Linnemann](#), Vorsitzender der CDU-Programmkommission, ehem. Vorsitzender der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)
- [Theo Waigel](#) (CSU), ehem. Bundesfinanzminister, Ehrenvorsitzender des Beirats der [Deutsche Vermögensberatung](#)
- Ursula Heinen-Esser, CDU-Politikerin und Lobbyistin über die [Heinen-Esser EH Strategische Beratung](#) und als Unterauftragnehmerin für [EUTOP](#)
- [Lars P. Feld](#), Leiter des [Walter Eucken Institut](#), Berater des damaligen Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- Volker Wieland, Stiftungsprofessor für Monetäre Ökonomie und Geschäftsführender Direktor des Institute for Monetary and Financial Stability (IFMS) an der Goethe-Universität Frankfurt, Mitglied des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- Luise Hölscher, Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen, 2003-2004 Fachreferentin für Wirtschaft und Steuern beim [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Michael Hüther](#), Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)

- [Justus Haucap](#), Mitglied des Kronberger Kreises der [Stiftung Marktwirtschaft](#) , Präsident von [ECONWATCH](#), Leiter des Think-Tanks Deregulierung des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums von [Prometheus](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Bundesverband mittelständische Wirtschaft](#)
- Hans-Werner Sinn, ehem. Präsident des ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Vorsitzender des Ordnungspolitischen Ausschusses des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der [Stiftung Familienunternehmen](#)
- Veronika Grimm, Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR), Mitglied des Aufsichtsrats von Siemens Energy
- Joachim Nagel, Präsident der Deutschen Bundesbank, Präsidiumsmitglied [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Burkhard Balz, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, ehem. CDU-Politiker
- Jens Weidmann, ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Vorsitzender des Kuratoriums der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und der [FAZIT-STIFTUNG](#), Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Commerzbank](#), ehem. Präsidiumsmitglied [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Christoph Werner, Vorsitzender der dm-Geschäftsführung, Vorsitzender des Beirats "Handel und Konsumgüter" im [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Bettina Würth, Beirats-Vorsitzende der Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen" im [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Christoph Brand, Partner bei der deutschen Niederlassung der Investmentbank [Goldman Sachs](#) in Frankfurt am Main und stellv. Vorsitzender des Familienrates der Fa. Miele & Cie.
- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Kuratoriums der [Könrad-Adenauer-Stiftung](#)
- Ralf Fücks, geschäftsführender Gesellschafter der Denkfabrik Liberale Moderne
- Andreas Mundt (FDP), Präsident des Bundeskartellamts
- Horst von Buttlar, Chefredakteur der WirtschaftsWoche
- Heike Göbel, verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik der FAZ, Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Roland Tichy](#), rechtspopulistischer Medienunternehmer

Freundeskreis

Der Freundeskreis bestand am 31.12.2022 aus 364 Einzelpersonen, Firmen und Körperschaften.^[21] Der Jahresmindestbeitrag beträgt 100 Euro.

Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft

Aktivitäten

Im August 2022 ist das [Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft](#) (LEF) mit Sitz in Berlin auf Initiative der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände gegründet worden.^{[22][23]} Das Forum soll die Gedanken Ludwig Erhards und deren Übertragung auf moderne Herausforderungen direkt in die Bundeshauptstadt vermitteln. Es sieht sich als Plattform des nationalen und internationalen Diskurses zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Das Forum gibt periodische Schriften heraus, veröffentlicht Monographien, veranstaltet Workshops und Konferenzen. Über das Forum sollen auch Netzwerke mit vergleichbaren internationalen Forschungsstellen und Thinktanks geschaffen werden.

Laut Webseite gibt es die folgenden [Formate](#):

- [Zivilisierte Provokation](#) Mit dieser Formatreihe wird geladenen Gästen Raum zur inhaltlichen Provokation geboten, welche anschließend gemeinsam mit dem Publikum aufgegriffen und debattiert wird.
- [Konferenz zur Aktualität der Ordnungsökonomik](#)
- [LEF Academy](#)
- [LEF LAB](#). Ziel ist es, Impulse für die Forschungsarbeit zu sammeln
- [Kooperationen](#):: [#Leipzig Colloquium](#), [#Erfurter Doktorandenseminar](#)

Das Leipzig Colloquium wird vom Forum-Leiter Stefan Kolev und Andreas Hoffmann, Senior Manager bei [Ernst & Young](#) sowie Referent beim Hayek-Kreis der Friedrich Naumann Stiftung^{[24][25]} organisiert.^[26] Partner sind: Ludwig Erhard Forum, [NOUS](#), [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#). Am 12.12. 2024 referierte [Peter J. Boettke](#) zum Thema "Capitalism versus Socialism: The Confusion of Frank Knight, the Clarity of Ludwig von Mises".^[27] Boettke ist Professor für Wirtschaftswissenschaften und Philosophie an der George Mason University sowie Direktor des „F. A. Hayek Program for Advanced Study in Philosophy, Politics, and Economics“ am Mercatus Center an der George Mason University. Die [George Mason University](#) und ihr Mercatus Center werden von dem libertären Ölmilliardär [Charles G. Koch](#) sowie von Personen und Stiftungen aus seinem Umfeld finanziert und gesteuert wird. 2005 war Boettke Charles Koch Distinguished Alumnus, von 2016-2018 Präsident der [Mont Pelerin Society](#). Er ist Mitglied von [NOUS](#) und des Wissenschaftliche Beirats des [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), das den Klimawandel leugnet.

Kampagne mit europäischen Partnern des Atlas Network

Das Forum hat im Rahmen der „Kampagne für Innovation und Bürokratieabbau - Eine Blaupause für die EU-Kommission und die kommende Bundesregierung“ gemeinsam mit [Prometheus](#) und dem European Policy Information Center ([EPICENTER](#)) ein Impulspapier verfasst.^[28] Das Papier ist eine Antwort auf den Bericht von Mario Draghi zur Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit (The Future of European Competitiveness). Im Papier werden Handlungsempfehlungen für eine innovationsfreundliche und bürokratiearme Wirtschaftspolitik in Europa formuliert, sowohl an die neue EU-Kommission als auch die kommende Bundesregierung.^[29] In dem Papier wird z.B. empfohlen: „Daher sollten EU-Richtlinien und -Verordnungen, die das Funktionieren der Energiemärkte betreffen, den Schwerpunkt auf die Förderung des Wettbewerbs und den Abbau unnötiger Regulierung legen. Es ist notwendig, alle Preisregulierungen und Preiskontrollen sowohl auf den Großhandels- als auch den Einzelhandelsmärkten für Strom und Gas schrittweise abzubauen. Förderprogramme für erneuerbare Energien und andere spezifische Technologien sind zu prüfen und sind spätestens einzustellen, sobald diese Technologien wirtschaftlich konkurrenzfähig geworden sind.“^[30] Bei der Einwirkung des Forums auf die europäische Gesetzgebung handelt es sich um staatlich (mit-)finanzierte Lobbyaktivitäten (vgl. Anschubfinanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung).

Im [EPICENTER](#) kooperieren europäische Partner des [Atlas Network](#) - unter ihnen [Prometheus](#), von denen einige Zweifel am menschengemachten Klimawandel und dessen Auswirkungen verbreiten. 2023 ist [EPICENTER](#) mit dem [2023 Europe Liberty Award](#) des [Atlas Network](#) ausgezeichnet worden. Großspender von [EPICENTER](#) sind die Swedish Free Enterprise Foundation und die Confederation of Swedish Enterprise.

Am 28. Januar 2025 gab es zur Kampagne eine Podiumsdiskussion mit [EPICENTER](#) und der Friedrich Naumann Stiftung, deren Kuratoriumsmitglied Forum-Leiter Stefan Kolev ist, als Co-Veranstalter.^[31]

Leiter und Kuratorium

Leiter des Forums ist Stefan Kolev, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Zwickau und Mitglied des Kuratoriums der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung, der sich in einer Vielzahl neoliberaler Netzwerke und Denkfabriken betätigt. So ist er Gründungsmitglied des Netzwerks [NOUS](#), Beiratsmitglied der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des [Walter Eucken Institut](#) und des globalen Elitenetzwerks [Mont Pelerin Society](#).^[32] Weiterhin ist er Mitglied des Kuratoriums des [Humboldt Forums Wirtschaft](#) und Autor des ÖkonomenBlogs der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#).^[33] Kolev trat als Redner bei der 75. Jahrestagung der [Mont Pelerin Society](#) vom 4.-8. Oktober 2022 in Oslo auf und war Mitglied des "Programme Committee" dieser Veranstaltung.^[34] Auch bei der [Jahrestagung 2023](#), die vom [Cato Institute](#) und [Stand Together](#) gesponsert wurde, gehörte er zu den Referenten.

Mitglieder des Kuratoriums sind:

- [Nils Goldschmidt](#) (Vorsitzender), Professor an der Uni Siegen, Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR), Mitglied des Aufsichtsrats von Siemens Energy
- Jens Weidmann, Professor an der Frankfurt School of Finance & Management, ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Mitglied des Aufsichtsrats der Commerzbank
- Harold James, Wirtschaftshistoriker an der Princeton University
- Inga Michler, Wirtschaftsreporterin und Moderatorin der Welt-Gruppe

Quelle: ^[35]

Kooperationspartner

Zu den Kooperationspartnern gehören nach eigenen Angaben: [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Initiative Selbständiger Immigrantinnen e.V., [NOUS](#), [Walter Eucken Institut](#), Wilhelm Röpke Forum und [Zentrum Liberale Moderne](#)^[36]

Anschubfinanzierung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung

Die Gründung des Forums wurde durch eine Anschubfinanzierung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in Höhe von 800 Tsd. Euro möglich. Im Antrag auf Förderung durch das Bundesministerium für Wissenschaft und Bildung hat die Ludwig Erhard Stiftung das Vorhaben wie folgt beschrieben: Die Aktivitäten des Forums reichten von der Politikberatung bis zur allgemeinen Wissensvermittlung. Im wissenschaftlichen Austausch mit Experten und Interessengruppen in Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft würden Konzepte und Strategien erarbeitet, die Grundlage für die politische Beratungstätigkeit sowie des Wissenstransfers in die breite Öffentlichkeit seien.^[37] In der Ludwig Erhard Stiftung sind ausschließlich Interessengruppen der Wirtschaft und wirtschaftsnahe Experten vertreten, die in vielen Fällen auch Gutachten für Lobbyorganisationen erstellen. Der Vorstandsvorsitzende [Roland Koch](#) beschreibt seinen

Auftrag als Aufsichtsratsmitglied der Vodafone GmbH im [Lobbyregister](#) wie folgt: „Allgemeines Interesse an unternehmerfreundlicher und technologieoffener Regulierung im Bereich der Kommunikationsindustrie, sowie bei den Digitalisierungsprojekten“. Die Ludwig Erhard Stiftung und ihr Forum bietet Wirtschaftsverbänden und Unternehmen die Möglichkeit, ihre Sicht von Wirtschaft und Gesetzgebung Politikern und der Öffentlichkeit nahezubringen, ohne dass ein Lobbybezug sofort zu erkennen ist. Diese Aktivitäten werden sogar staatlich gefördert.

Kooperationen

Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände

Das Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft (LEF) ist von der Ludwig-Erhard-Stiftung und der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände (VhU) gemeinsam initiiert worden.^[38] Auf der ersten Veranstaltung des LEF, die am 23.01.2024 im HessenChemie Campus stattfand, betonte Oliver Coenberg (Sanofi-Aventis Deutschland, Vorsitzender von HessenChemie und VhU-Vizepräsident), wie essenziell es sei, vonseiten der Politik förderliche Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Unternehmertum und Leistungsbereitschaft zu schaffen.^[39] Am 11.02.2025 findet eine Veranstaltung „KI und gesellschaftlicher Frieden: Wer übernimmt die Verantwortung?“ der Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände, der ODDO BHF und der Ludwig-Erhard-Stiftung statt.^[40]

"Frankfurter Gespräche" mit Repräsentanten von Banken

Die „Frankfurter Gespräche“ sind Diskussionsveranstaltungen in Kooperation mit Banken zu geld- und wirtschaftspolitischen Themen in Frankfurt, die bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank, der Deutschen Bank und der Bundesbank stattfanden.^[41] Ein Beispiel ist die Veranstaltung vom 06.11. 2023: „Globalisierung: Wie tragfähig sind die internationalen Netzwerke?“ mit den folgenden Diskussionsteilnehmern^[42]

- Burkhard Balz, Mitglied der Ludwig Erhard-Stiftung e.V., Mitglied des Bundesbank-Vorstands, ehem. CDU-Politiker
- Roland Koch, Vorstandsvorsitzender der Ludwig Erhard Stiftung e.V., Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Ralf Fücks, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., Geschäftsführender Gesellschafter des Zentrums Liberale Moderne, ehem. Grünen-Politiker
- Steffen Kampeter, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., Hauptgeschäftsführer des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#), ehem. CDU-Politiker
- Fritzi Köhler-Geib, Chefvolkswirtin der KfW Bankengruppe

Die Veranstaltung findet in der Hessischen Hauptverwaltung der Bundesbank statt.

Wirtschaftsrat der CDU

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und der Verein bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[43] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen. 2023 fand die Ludwig-Erhard-Lecture 2023 in Kooperation mit der Stiftung statt.^[44] Zu den Aktivitäten des Vorsitzenden Koch im Wirtschaftsrat der CDU gehört z. B. die maßgebliche Beteiligung an der Erarbeitung eines Positionspapiers im „Thinktank Deregulierung“.^[45]

Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. veranstaltet gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung ein jährliches Kolloquium in Berlin.^[46] Beide Organisationen führen mehrtägige Seminare durch, bei denen Konzeption und Politik der Sozialen Marktwirtschaft mit jungen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten erörtert werden.^[47] Das Promotionskolleg der Konrad-Adenauer-Stiftung steht seit 2015 unter der Schirmherrschaft des Vorstandsvorsitzenden Roland Koch.^[48]

Friedrich-Naumann-Stiftung

Am 27.06.2023 fand eine Veranstaltung der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. und der Friedrich-Naumann-Stiftung im Forum Factory zum Thema „1948: Start für eine Ordnung des Wettbewerbs“ statt.^[49] Stefan Kolev, Leiter des Ludwig Erhard Forums, ist Mitglied des Kuratoriums der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Die Familienunternehmer

Mit dem Gutachten [Der Eigentumsbegriff in den Parteiprogrammen zur Bundestagswahl 2021: Eine ökonomische Analyse](#) im Auftrag des Vereins und des Verbandes [Die Familienunternehmer - ASU](#) mischten sich die beiden Organisationen in den Bundestagswahlkampf 2021 ein. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass Hauptkonfliktlinien die Fragen der Einführung einer Vermögensteuer und der steuerlichen Behandlung von Kapitalerträgen sind. Mit Blick auf die Umwelt- und Klimapolitik verwies Roland Koch in einer Presseerklärung auf fundamentale Unterschiede zwischen den Plänen der Parteien: „Wer Verbrennungsmotoren verbietet, um den CO₂-Ausstoß zu senken, entwertet sowohl Sachkapital als auch geistiges Eigentum. Installiert der Staat hingegen ein System von handelbaren Zertifikaten für den CO₂-Ausstoß, werden im Gegenteil neue Eigentumsrechte geschaffen, und der Marktmechanismus wird genutzt, um die effizienteste Technik zur Vermeidung von CO₂ zu finden.“^[50]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Am 24. September 2015 fand die Veranstaltung „Reform der Erbschaftsteuer – Der Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums in der Kritik“ statt. Veranstalter waren die Ludwig-Erhard-Stiftung e.V., die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#), die [Deutsche Stiftung Eigentum](#), die [Stiftung Familienunternehmen](#) und die Friedrich-Naumann-Stiftung.^[51]

Finanzen

Allgemein

Die Mittel für die Aktivitäten der marktliberalen Ludwig-Erhard-Stiftung e. V. sollen durch freiwillige Beiträge, durch Spenden und öffentliche Fördermittel aufgebracht werden. Bis zum erstmaligen Eintrag der Stiftung in das Lobbyregister im April 2024 war die Finanzierung der Stiftung intransparent.^[52] Der nach § 15 der [Satzung](#) aufzustellende Jahresabschluss und Geschäftsbericht wurden nicht veröffentlicht. Auf der Webseite fehlten folgende Angaben: Höhe des Etats, Höhe der Beiträge und Spenden, Namen von Großspendern. Seit April 2024 ist beim Lobbyregister der [Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022](#) abrufbar, in dem die Tätigkeit und Finanzierung der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. detailliert beschrieben wird.

2023 lagen die Zuwendungen der öffentlichen Hand zwischen 390.001 und 400.000 Euro (Bundesministerium für Bildung und Forschung), die Schenkungen und sonstigen lebzeitigen Zuwendungen insgesamt zwischen 420.001 und 430.000 Euro und die Mitgliedsbeiträge zwischen 20.001 bis 30.000 Euro. ^[53]

Kapitalstock

Laut [Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022](#) hat der Verein einen Kapitalstock in Höhe von 6 Mio. Euro, der auf eine Zuwendung des Bundes (Bundeswirtschaftsministerium) aus dem Bundeshaushalt 1989 zurückgeht. Die Zuwendung erfolgte unter der Voraussetzung, dass von dritter Seite – also aus privaten Spenden – ein Betrag von mindestens gleicher Höhe erbracht wird. Diese Bedingung wurde erfüllt. 1989 war Helmut Kohl (CDU) Bundeskanzler und Helmut Haussmann (FDP) Bundeswirtschaftsminister. Die Mitgliederversammlung hat am 02.10.2003 dem Vorschlag der Geschäftsführung über die Mittelverwendung und die Zuführung von EUR 1.123.556,24 aus der freien Rücklage zum Kapitalstock zugestimmt. Sie hat am 27.06.2008 dem Vorschlag des damaligen Schatzmeisters, Martin Grüner, über die Mittelverwendung und die Zuführung von EUR 500.000,00 aus der freien Rücklage zum Kapitalstock zugestimmt. Der FDP-Politiker war bis 1990 Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und zuletzt im Bundesumweltministerium und danach von 1997 bis 2014 Schatzmeister des Vereins.

Projektzuschüsse

Laut der Antwort der Bundesregierung auf eine Parlamentarischen Anfrage der Fraktion Die Grünen aus dem Jahr 1987 erhielt die Stiftung jahrelang erhebliche Zuschüsse aus Bundesmitteln zu einzelnen Projekten, weil die Bundesregierung es für notwendig hielt, die Arbeit der Stiftung "im Interesse freiheitlicher Grundsätze in Wirtschaft und Politik" zu unterstützen. ^[54] Die Anfrage wurde vom damaligen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium von Wartenberg (CDU) beantwortet, der später zum [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) als Hauptgeschäftsführer wechselte. Es blieb unklar, in welchem Umfang die Stiftung danach Bundeszuschüsse erhalten hat. Bekannt ist, dass sie im Jahr 2022 aufgrund eines Kooperationsvertrags vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit 124.828,34 Euro gefördert wurde. ^[55]

Im Dezember 2021 ist Bettina Stark-Watzinger (FDP), die Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V. ist, Bundesministerin für Bildung und Forschung geworden. Am 30. November 2022 hat die Stiftung beim Bundesministerium für Bildung und Forschung den Antrag gestellt, die Gründung des **Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft** zu fördern. Mit Zuwendungsbescheid vom 26. Januar 2023 hat das Ministerium der Stiftung für dieses Vorhaben eine Zuwendung bis zu 810.578,72 Euro bewilligt. ^{[56][57][58]} Die Zuwendung für dieses Projekt soll wie folgt zur Verfügung gestellt werden: 400.000 Euro im Haushaltsjahr 2023, 410.578,72 Euro im Haushaltsjahr 2024. Nach Angaben des Ministeriums ist Grundlage für die Förderung, deren Notwendigkeit nicht erläutert wird, der Beschluss des Haushaltsausschusses vom 19. Mai 2022. ^[59] Dieser habe im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens auf Antrag der AG Haushalt der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17. Mai 2022 für das Jahr 2022 bestimmt, dass das genannte Vorhaben der Ludwig-Erhard-Stiftung gefördert werden soll. In dem Antrag wird die Förderung wie folgt begründet: "Das „Ludwig Erhard Forum für Politik und Wissenschaft“ soll die Bestrebungen verstärken, das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft als besondere Form einer friedentiftenden Gesellschaftsordnung in der internationalen Wirtschaftswissenschaft besser zu verankern." ^[60] Die Sitzungen des Haushaltsausschusses sind nicht öffentlich; Sitzungsprotokolle und Ausschussdrucksachen sind nicht für eine Veröffentlichung bestimmt. Es bleibt somit unklar, ob und von welchen seiner Mitglieder weitere Gründe für die Förderung vorgetragen worden sind. Otto Fricke, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion und

Mitglied im Haushaltsausschuss, ist ebenfalls Mitglied der Ludwig Erhard Stiftung. Welche Akteure aus der Politik und/oder dem Ministerium sich für die Förderung des Ludwig-Erhard-Forums eingesetzt haben, ist nicht bekannt. In einer Regierungspressekonferenz vom 28. Juni 2024 erklärte ein Sprecher des Ministeriums, dass Bundesministerin Stark-Watzinger „an keiner Stelle in dem genannten Förderprozess beteiligt war“.^[61]

Im Jahr 2023 erhielt die Stiftung laut [Lobbyregister](#) die folgenden Projektzuschüsse:

- Bundesministerium für Bildung und Forschung 390.001 bis 400.000 Euro
- Heinz Nixdorf Stiftung: 320.001 bis 330.000 Euro
- dm-Werner-Stiftung: 50.001 bis 60.000 Euro

Zitate von Müller-Armack

Müller-Armack hat als Staatssekretär von Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft konzipiert. Die folgenden Zitate stammen aus seinem Werk „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“^[62]

Zu **Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit:**

"Es war ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen und damit die Frage der zweckmäßigen technischen Austauschform mit der Frage des sozial und staatlich Erwünschten zu verquicken"

Zu **Mindestlöhnen:**

"Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindesthöhe zu normieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohns hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden"

Weiterführende Informationen

- [Wohlfahrt für Alle - Fördern, Fordern, Freiheit - Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung 2023](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Bluesky](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Lebenslauf](#), roland-koch.de, abgerufen am 05.05.2024
2. ↑ [Antwort der Bundesregierung vom 09.12.1987 auf eine Parlamentarische Anfrage](#), dserver.de. bunestag, abgerufen am 25.08.2022
3. ↑ [Ludwig Erhards Stimme in Berlin - Archiv](#), ludwig-erhard.de vom 26.08.2022, abgerufen am 25.04.2024
4. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.04.2024

5. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
6. ↑ [Das süße Gift der Subventionen bleibt ein Gift!](#), ludwig-erhard.de vom 01.09.2023, abgerufen am 24.04.2024
7. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025
8. ↑ [Aufgabe der Stiftung](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 24.04.2024
9. ↑ [Die Soziale Marktwirtschaft muss nicht neu erfunden werden](#), in: [Wohlstand für Alle. Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung](#), holderstock-media.1cloud.com, abgerufen am 24.04.2024
10. ↑ [Standpunkt](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.10.2023
11. ↑ [Antwort der Bundesregierung vom 09.12.1987 auf eine Parlamentarische Anfrage](#), dserver.de.bunestag, abgerufen am 25.08.2022
12. ↑ [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), stiftung-westfalen.de, abgerufen am 06.05.2024
13. ↑ [Die Stiftung - Auszeichnungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 06.05.2024
14. ↑ [LES-Exklusiv: „Europäische und deutsche Energiepolitik: Zusammenspiel oder Widerspruch?“](#), ludwig-erhard.de vom 08.11.2023, abgerufen am 26.01.2025
15. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025
16. ↑ [LES-Aktuell - „Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie“](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.01.2025
17. ↑ [About Us](#), amcham.de, abgerufen am 04.12.2025
18. ↑ [Teuteberg wird Senior Advisor bei FGS Global](#), politik-kommunikation.de vom 02.03.2026, abgerufen am 04.03.2026
19. ↑ [Teuteberg in Beirat von ProSiebenSat.1 Media berufen](#), politik-kommunikation.de vom 08.02.2022, abgerufen am 25.08.2022
20. ↑ [Mitgliederversammlung](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 23.12.2023
21. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
22. ↑ [Pressemitteilung 23.08.2022](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.08.2022
23. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025
24. ↑ [Andreas Hoffmann](#), de.linkedin.com, abgerufen am 06.02.2025
25. ↑ [Festschrift fünf Jahre Hayek-Kreis Referenten](#), freiheit.org, abgerufen am 06.02.2025
26. ↑ [Contact](#), leipzigcolloquium.de, abgerufen am 06.02.2025
27. ↑ [#LeipzigColloquium: “Capitalism versus Socialism: The Confusion of Frank Knight, the Clarity of Ludwig von Mises”](#), ludwig.erhard-forum.de, abgerufen am 04.02.2025
28. ↑ [Unsere Kampagne für Innovation und Bürokratieabbau](#). ludwig-erhard.de , abgerufen am 10.02.2025
29. ↑ [Impulse zu Innovation und Bürokratieabbau](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 10.02.2025
30. ↑ [Gross Impulse zu Innovation und Bürokratieabbau](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 10.02.2025
31. ↑ [Presseauftritt](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 11.02.2025
32. ↑ [Team](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 07.08.2024
33. ↑ [Umweltschutz durch Kreativität](#), insm-oekonomenblog.de vom 15.02.2022, abgerufen a, 27.08.2022
34. ↑ [Speakers](#), mpsoslo.org, abgerufen am 27.08.2022
35. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de vom 07.09.2023, abgerufen am 26.10.2023

36. ↑ [Kooperationen](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 04.09.2024
37. ↑ [Vorhabenbeschreibung](#), fragdenstaat.de, abgerufen am 04.08.2024
38. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025
39. ↑ [Quintessenz 2024 Jahresmagazin 2023/2024 Blitzlichter](#), hessenchemie.de, abgerufen am 03.01.2025
40. ↑ [KI und gesellschaftlicher Frieden: Wer übernimmt die Verantwortung?](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 04.01.2025
41. ↑ [Frankfurter Gespräche](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.10.2023
42. ↑ [Podiumsdiskussion im Rahmen der Frankfurter Gespräche](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 24.10.2023
43. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021
44. ↑ [Ludwig-Erhard-Lecture 2023 mit Lars P. Feld](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 23.12.2023
45. ↑ [Wirtschaftsrat fordert im Handelsblatt breiten Bürokratieabbau](#), wirtschaftsrat.de vom 28.03.2022, abgerufen am 29.12.2023
46. ↑ [Veranstaltungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.10.2023
47. ↑ [Seminare](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.10.2023
48. ↑ [Kooperationen](#), ludwig-erhard-forum.de, abgerufen am 04.09.2024
49. ↑ [Veranstaltungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.10.2023
50. ↑ [Pressemitteilung](#), ludwig-erhard.de vom 23.08.2021, abgerufen am 25.12.2023
51. ↑ [\[Reform der Erbschaftsteuer](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 01.01.2024
52. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
53. ↑ [Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 28.04.2024
54. ↑ [Kleine Anfrage](#), bundestag.de vom 09.12.1987, abgerufen am 11.07.2021
55. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
56. ↑ [Ludwig Erhards Stimme in Berlin - Archiv](#), ludwig-erhard.de vom 26.08.2022, abgerufen am 25.04.2024
57. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.04.2024
58. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), abgerufen am 25.04.2024
59. ↑ [Frag den Staat Kooperationsvertrag mit der Ludwig-Erhard-Stiftung e.V.](#), fragdenstaat.de, abgerufen am 15.07.2024
60. ↑ [Antrag AG Haushalt der Fraktion SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.05.2022](#) Arbeitsunterlage für die Sitzung am 19. Mai 2022 TOP 31, Ausschussdrucksache: 1254
61. ↑ [Regierungspressekonferenz vom 28. Juni 2024](#), bundesregierung.de, abgerufen am 18.07.2024
62. ↑ Zitiert nach: [Thomas Strobl: Soziale Marktwirtschaft Ökonomie als Instrument, nicht als Selbstzweck](#), FAZ 11. April 2009, Website FAZ, abgerufen am 19.9.2011